

Sonderkonferenz 2019
am: 14.12.2019 in Berlin



Sonderkonferenz 2019

Ergänzende Unterlagen

In den „Ergänzenden Unterlagen“ finden sich der Antrag des Präsidiums zur Sonderkonferenz 2019 (Stand 23.11.2018) und die Originalanträge (ggf. leicht formatiert) aus den 12 Landes- und Bezirksverbänden zum Antrag des Präsidiums.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

**Antrag des Präsidiums zur Sonderkonferenz 2019: Entwurf eines neuen Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt
(Stand 23.11.2018)**

32	Inhaltsverzeichnis	
33		
34	Einleitung	3
35	Unsere Leitsätze	4
36	I. Unsere Grundwerte	5
37	II. Mensch und Gesellschaft	6
38	III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
39	IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
40	V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
41	VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
42	VII. Unsere Fachlichkeit	11
43	1. Alter und Altern	12
44	2. Arbeit	13
45	3. Bildung	14
46	4. Bürgerschaftliches Engagement	16
47	5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit	17
48	6. Europa	19
49	7. Familie	20
50	8. Gleichstellungspolitik und Frauenpolitik	21
51	9. Gesundheit	22
52	10. Kindheit und Jugend	24
53	11. Menschen in besonderen Lebenslagen	26
54	12. Menschen mit Behinderungen	27
55	13. Pflege	28
56	14. Internationale Solidarität in <i>einer</i> globalisierten Welt	29
57	VIII. Wir verpflichten uns	31
58	Glossar	
59		
60		
61		
62		

63 **Einleitung**

64 Die Zukunft ist unbestimmt, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919 finden
65 sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende
66 zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit
67 diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger
68 Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den
69 Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird
70 bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des
71 Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den
72 demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

73 Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische
74 Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in
75 unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe
76 dieses Verbandes. Das Programm hat den Zweck, sich der eigenen Grundwerte zu
77 vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden
78 Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um
79 einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das
80 Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln
81 unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

82 Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland
83 geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des
84 letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Bundespolitik
85 bestimmt, die viele Menschen bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in
86 den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 hat das Vertrauen in die
87 politischen Eliten erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung
88 unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der
89 Flüchtlingssituation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen, die in Europa
90 und Deutschland auf dem Vormarsch sind, die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere
91 Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und
92 streiten für eine Gesellschaft, die den Einzelnen achtet, sozial absichert und das
93 Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für
94 eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union
95 unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien
96 Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses
97 Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt
98 anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für
99 Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

100

101

102 **Unsere Leitsätze**

103 Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I-
104 VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender
105 Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit (VII. 1-14) bilden. Sie
106 kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit. Sie ermöglichen es
107 uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus
108 Konsequenzen zu ziehen. Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitende sowie
109 Engagierte und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

110

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

111

112

113

114

115 **I. Unsere Grundwerte**

116 ***Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein.***
117 ***Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus***
118 ***bestimmen unser Handeln.***

119 Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich
120 seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen
121 stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der
122 freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine
123 fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit
124 unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten verringern und allen Menschen gesellschaftliche
125 sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde
126 und ohne Armut zu sichern.

127 **Freiheit** bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Not und
128 Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der
129 Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle
130 Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und
131 die Freiheit anderer zu respektieren.

132 **Gleichheit** gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor
133 dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung.
134 Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen teilzunehmen und
135 sozial abgesichert zu sein.

136 **Gerechtigkeit** herrscht, wenn der Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen
137 Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung:
138 Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung
139 zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert,
140 unsere Lebensweise zum Wohl der Natur und für kommende Generationen nachhaltig zu
141 gestalten.

142 **Solidarität** entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen
143 zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige
144 Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat
145 macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft,
146 sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die
147 Solidarität der Gesellschaft verlassen.

148 **Toleranz** erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit
149 anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse Überzeugungen und
150 Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten
151 und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz
152 lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der
153 Gesellschaft.

154 **II. Mensch und Gesellschaft**

155 ***Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein***
156 ***demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.***

157 Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem
158 Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder*jedes Einzelnen bewusst und
159 sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und
160 Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt.
161 Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem
162 Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus individuellen Notlagen
163 befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen
164 wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen
165 an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

166 Im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten bestärken wir den Menschen, für sich und
167 die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen und
168 Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

169 Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir
170 Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie
171 brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander
172 zu kooperieren.

173 Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit
174 zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und
175 gewaltvollen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung,
176 Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen
177 begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

178 Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Sozialer
179 Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer
180 Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen
181 verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu
182 garantieren.

183

184

185

186

187

188

189 **III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft**

190 ***Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage***
191 ***unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und***
192 ***Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.***

193 Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren
194 sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das
195 macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an
196 den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

197 Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des
198 Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche
199 Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als
200 Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige,
201 demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische
202 und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Mitglieder für uns begeistern und
203 ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

204 Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte
205 einsetzen, auch wenn sie nicht Mitglied der Arbeiterwohlfahrt sind. Zugleich fördern wir neue
206 Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das
207 Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren
208 eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer
209 Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

210 Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit
211 unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und
212 Innovation in unserem Verband. Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere
213 Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen können. Wir
214 stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

215 Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und
216 eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische
217 Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und
218 Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse.
219 Wir unterstützen das Jugendwerk bestmöglich und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und
220 vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

221

222

223

224

225 **IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt**

226 ***Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt***
227 ***und begegnen allen Menschen mit Respekt.***

228
229 Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir
230 kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen und
231 ihre Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen. Die Gleichheit vor dem Gesetz sowie
232 die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese
233 Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den
234 Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer
235 Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle,
236 ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden
237 Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

238 Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Mit dieser Haltung schreiben wir
239 unsere Tradition fort: Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu
240 durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit
241 abzuschaffen. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine
242 gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der
243 Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines
244 freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft
245 erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung
246 von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander
247 zusammen.

248 Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und
249 Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und
250 jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat
251 sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion
252 privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem
253 Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und
254 das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

255 Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir
256 streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um
257 eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, orientieren wir uns am Prinzip der Inklusion.

258

259

260

261

262

263 **V. Soziale Ungleichheit bekämpfen**

264 ***Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische***
265 ***Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.***

266 Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu
267 kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere
268 Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches
269 sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleicher Lebenschancen. Wir wollen
270 Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen
271 wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern.
272 Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

273 Wohnen ist ein Menschenrecht und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum für uns
274 untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu
275 Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale
276 Dienstleistungen.

277 Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten
278 mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb kämpfen wir
279 bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

280 Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu
281 Bildung zusammen: Während Armut zu geringer sozialer Teilhabe und politischer
282 Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und
283 Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus
284 werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen
285 Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die Verantwortung und Verpflichtung
286 für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entsteht. Der demokratische Staat ist verpflichtet,
287 Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

288 Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind
289 gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft
290 ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

291

292

293

294

295

296

297

298 **VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität**

299 ***Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat***
300 ***und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.***

301 Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der
302 sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.
303 Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die
304 Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und
305 Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und
306 erstreiten soziale Rechte. Wir geben fundiert Auskunft über die soziale Lage in Deutschland
307 und Europa.

308 Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf Grundlage von
309 Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im
310 Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen
311 und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote
312 und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und
313 auszubauen.

314 Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere
315 sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit
316 und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen
317 nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

318 Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die
319 Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern.
320 Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um
321 den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die
322 finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie
323 Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und
324 Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die
325 Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung
326 sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die
327 Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die
328 Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Dem treten wir entgegen.

329 Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen
330 uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den
331 Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats
332 werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales
333 Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung
334 mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

335

336 **VII. Unsere Fachlichkeit**

337 ***Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch***
338 ***die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.***

339 Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation
340 entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit
341 richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur
342 Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen
343 Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen
344 Rahmenbedingungen politisch ein.

345 Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen
346 Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihres Familienstands oder
347 Geschlechts. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen
348 sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt.
349 An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende und Engagierte.

350 Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der
351 Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt
352 und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere
353 Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

354 Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales
355 Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt
356 werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen
357 entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

358
359 Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der
360 Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu
361 schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden
362 gleichermaßen wertgeschätzt. Eine Bezahlung erfolgt unabhängig vom Geschlecht.

363 Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale
364 Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale
365 Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und
366 Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer
367 Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und ein am
368 Menschen orientierter Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine
369 Querschnittsaufgabe.

370 Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

371

372

373

1. Alter und Altern

374 Wir treten für eine alters- und altersgerechte Politik ein, die es Menschen bis ins hohe Alter
375 ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten und selbstbestimmt zu leben. Weil sich die Folgen von
376 Armut und Erwerbslosigkeit im Lebensverlauf gerade im Alter zeigen, ist es Aufgabe der Politik,
377 Ungleichheit zu verringern. Uns geht es um ein würdevolles Altern aller Menschen.

378 **Leben im Alter**

379 Viele Menschen sind im Alter alleine. Deshalb fördern wir Gemeinschaft und Austausch. Im Fall
380 von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muss es möglich sein, im vertrauten Umfeld zu bleiben. Dafür
381 braucht es ein Wohnumfeld, das regional, flexibel und bedarfsorientiert ausgestaltet ist.
382 Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende Kooperationen sind
383 herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare
384 Wohnangebote.

385 **Für eine solidarische Alterssicherung**

386 Mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze und nach einem erfüllten Arbeitsleben hat jede*r das
387 Recht auf eine Rente, mit der sie*er ihr*sein Leben im Alter finanziell unabhängig gestalten kann.
388 Diese Versicherten müssen sich auf eine lebensstandardsichernde Rente verlassen können, die
389 auf lohnorientierten Rentenanpassungen basiert und oberhalb der Grundsicherung liegt. Das
390 kann auch trotz demografischer Veränderungen eine solidarische, beitragsorientierte und
391 dynamische gesetzliche Rentenversicherung leisten. Zudem treten wir für ein verbessertes
392 Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Um auf den bevorstehenden Wandel der Arbeit
393 mit einer gerechten Alterssicherung zu reagieren, sind langfristig alle Erwerbstätigen in die
394 gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

395 **Altersarmut verhindern**

396 Wer im Alter von Armut betroffen ist, hat aus unterschiedlichen Gründen meist Lücken in der
397 Erwerbsbiografie. Viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge
398 schließen. Um Altersarmut zu verhindern, braucht es insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik
399 sowie eine professionelle Begleitung von Übergängen in Ausbildung und Beruf. Für Gering-
400 verdienende fordern wir vor allem Rentenfreibeträge in der Grundsicherung. Sowohl am
401 Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen
402 vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.

403 **Erwerbsminderungsrente**

404 Erwerbsminderung darf nicht in Armut führen. Wir wollen, dass die Renten im Falle der
405 Erwerbsminderung weiter verbessert werden. Das gilt auch für Menschen, die bereits eine Rente
406 beziehen. Zugleich wissen wir, dass Rehabilitation und individuelle Unterstützung die Chance von
407 Menschen erhöhen, wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

408 **Gesund in den Ruhestand**

409 Wir fordern gute Bedingungen für einen gesunden und flexiblen Eintritt in den Ruhestand:
410 verbesserte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen, Weiterbildung, Gesundheits-

411 förderung in den Betrieben sowie flexible Übergangsmodelle. Eine weitere Heraufsetzung des
412 Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

413 **2. Arbeit**

414 In einer sich wandelnden Arbeitswelt setzen wir uns für eine gute soziale Absicherung der
415 Arbeitnehmer*innen ein. Die sozialen Sicherungssysteme sind entsprechend den neuen
416 Anforderungen auszubauen. Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit, der digitale Wandel und
417 gewandelte Erwartungen der Arbeitnehmer*innen erfordern von uns einen starken Einsatz für
418 ihre Rechte.

419 Arbeit wird auch in Zukunft eine zentrale, sinnstiftende Bedeutung haben. Sie ermöglicht
420 gesellschaftliche Anerkennung und Identifikation und kann die Basis bilden, um sich zu
421 verwirklichen und unabhängig zu sein. Weiterbildung und Qualifikation sowie die Vereinbarkeit
422 von Arbeit mit privater Sorgearbeit müssen im Interesse der Arbeitnehmer*innen gestaltet
423 werden.

424 **Soziale Arbeit: unsere Kernaufgabe**

425 Der Widerspruch zwischen der Bedeutung sozialer Dienstleistungen für unsere Gesellschaft und
426 ihren Rahmenbedingungen ist erheblich. Soziale Arbeit stärkt den gesellschaftlichen
427 Zusammenhalt, bietet sichere Arbeitsplätze und ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für dieses
428 Land. Ohne die Entlastung privater Sorgearbeit durch professionelle soziale Dienstleistungen
429 würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Wir wollen die Bedingungen in der
430 Sozialen Arbeit weiter verbessern und mitgestalten: Wir fordern höhere Löhne und
431 Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung.

432 **Digitalisierung einbetten und Regelwerke bindend machen**

433 Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der
434 Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wie einer ständigen
435 Erreichbarkeit führen. Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit
436 und Leben. Wo Arbeit über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und
437 Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen. Es gilt, die gleichen gesetzlichen Regelungen
438 bindend zu machen wie sie bei niedergelassenen Anbietern gelten.

439 **Neues Leitbild für die Arbeitsmarktpolitik**

440 Zukünftige Arbeitsmarktpolitik hat den Menschen zu befähigen, sich an seinem Lebenslauf,
441 seinen Bedürfnissen und Stärken zu orientieren. Arbeitsmarktpolitik muss auch Beiträge zum
442 Strukturwandel in den unterschiedlichen Regionen in Deutschland leisten und insbesondere auf
443 die Beschäftigung junger Menschen abzielen. Wir fordern eine Neudefinition der Dienstleistungen
444 in den Behörden und arbeitspolitische Maßnahmen, die die Grenzen einer Politik des Forderns
445 und Förderns erkennen. Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht
446 einen sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig. Wir
447 kämpfen für einen inklusiven Arbeitsmarkt und setzen uns mit unseren arbeitsmarktpolitischen
448 und sozialpädagogischen Angeboten dafür ein. Darüber hinaus sind steigende Risiken, Brüche

449 und Übergänge gesellschaftlich und nicht individuell durch einen erweiterten Schutz der
450 Arbeitslosenversicherung aufzufangen.

451 **Freie Träger als Akteure der Arbeitsmarktintegration**

452 Wir wollen mit unseren Einrichtungen inklusive Regelsysteme schaffen, die auch benachteiligte
453 Menschen für das Arbeitsleben befähigen. Begleitende und passgenaue individuelle
454 Unterstützung durch qualifizierte Fachkräfte ist hier unabdingbar. Wir setzen uns für eine
455 auskömmliche Finanzierung der Arbeitsmarktmaßnahmen, faire Vergabeverfahren und
456 langfristige Angebote ein.

457 **Die Grundsicherung der Zukunft**

458 Wir streiten für eine Grundsicherung, die mehr als das menschenwürdige Existenzminimum
459 umfasst und echte Teilhabe ermöglicht. Arbeitsuchende brauchen eine Beratung, Vermittlung und
460 Betreuung auf Augenhöhe: Vertrauen ist die wichtigste Ressource in den Jobcentern. Dafür
461 braucht es ein Umdenken, weg von einer kennzahlbasierten Steuerung mit dem Fokus darauf,
462 die Kosten zu senken. Wir machen uns stark für eine menschennahe Beratung.

463 **3. Bildung**

464 Bildung ist eine zentrale Ressource für die individuelle Lebensführung und ein Prozess zur
465 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit. Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben
466 und bildet die Grundlage, um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten. Durch
467 die Digitalisierung haben viele Menschen schnell Zugang zu Informationen. Doch nur wer zur
468 Nutzung von digitalen Medien und deren Informationen befähigt ist, kann selbstbestimmt und
469 kritisch damit umgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Bildung allen Menschen
470 offensteht, um gleiche Bildungs-chancen - unabhängig von der Herkunft, einer Behinderung, dem
471 familiären Bildungs-hintergrund oder der wirtschaftlichen Lebenslage - zu realisieren. Wir setzen
472 uns für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung, der Aus-, Fort-, und Weiterbildung und
473 Hochschule ein. Dazu sind bundesweite Mindeststandards und vergleichbare Lernbedingungen
474 herzustellen.

475 **Bildung im 21. Jahrhundert gestalten**

476 Dem Bildungsprozess ist ausreichend Zeit und Raum einzuräumen. Er ist mehr als eine
477 ausschließliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Ungleich verteilte Bildungschancen sind durch
478 stärker auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen zugeschnittene Bildungsangebote und
479 Lernformen auszugleichen. Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung interkultureller, sozialer und
480 demokratischer Kompetenzen notwendige Inhalte von Bildung sind. Niedrigschwellige und
481 kostenfreie Zugänge ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Sie sind in allen Lebensphasen
482 rechtlich abzusichern.

483 **Die Bildung der Zukunft ist offen für Vielfalt**

484 Wir wollen Vielfalt in der Bildung fördern. Deshalb sind alle Bildungsinstitutionen inklusiv
485 auszugestalten. Wir fordern bestmögliche Teilhabe aller entlang des gesamten Bildungsvlaufes
486 und den Abbau aller Ungleichheiten.

487 **Verschiedene Lernorte anerkennen und vernetzen**

488 Eine chancengerechte Bildungspolitik beachtet, stärkt und schätzt gleichermaßen formale, non-
489 formale und informelle Lernorte. Bildungsorte in öffentlicher Verantwortung müssen barrierefrei
490 sein. Zentrale Bildungsorte sind Familien, die Kindertagesbetreuung, die Peer-Groups, die
491 Jugend(verbands)arbeit, die Schule, der Sozialraum, die Medien genauso wie Ausbildung und
492 Beruf. Eine enge Kooperation und Vernetzung aller Akteure im Sozialraum ist vonnöten. Sie
493 basiert auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit und hat eine ganzheitliche Bildung im Blick.
494 Informelle Bildungsprozesse wie in der Familie sind eine Bereicherung, dürfen jedoch nicht für
495 schulischen Bildungserfolg vorausgesetzt werden.

496 **Frühkindliche Bildung als Grundstein von Bildungserfolgen**

497 Wir denken in aufeinander aufbauenden und vernetzten Hilfsangeboten im Sinne von
498 Präventionsketten und wissen, dass Bildung bereits vor dem Eintritt in Institutionen durch die
499 Eltern beginnt. Anschließend sind es Kindertageseinrichtungen und -pflege, die als Orte
500 frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung die kognitive, soziale und emotionale
501 Entwicklung von Kindern fördern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Chancengerechtigkeit,
502 zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Integration. Um diese Aufgaben zu
503 erfüllen, brauchen sie personell, finanziell und organisatorisch gute Rahmenbedingungen.

504 **Eingebunden in den Sozialraum: die Ganztagschule als Regel**

505 Die Ganztagschule als Ort des gemeinsamen Lernens und Lebens muss zu ihrer Gestaltung
506 pädagogische Konzepte und Standards bieten, die sich über den ganzen Tag erstrecken und
507 Lern- mit Freizeitangeboten verbinden. Wir wollen, dass die barrierefreie Ganztagschule in
508 gebundener Form zur Regel wird. Sie erleichtert eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und
509 Schule, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle
510 jungen Menschen. Ihr Potenzial entfaltet die Ganztagschule erst, wenn sie gebührenfrei ist.
511 Schulen sind hin zu einem Lern- und Lebensort zu entwickeln und in den Sozialraum zu
512 integrieren.

513 **Übergänge sichern und Durchlässigkeit fördern**

514 Wir fordern, dass die Durchlässigkeit unterschiedlicher Bildungswege erhöht wird. Vor dem
515 Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet
516 die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die auch im Übergang von der
517 Schule in den Beruf wirkt. Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der
518 Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in
519 ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden.

520 **Gute Bildungsangebote brauchen qualifiziertes Personal**

521 Für verlässliche und professionelle Bildungsangebote brauchen wir qualifiziertes Personal und
522 arbeitsfeldbezogene Fort- und Weiterbildungsangebote. Die Qualität dieser Angebote muss
523 kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Weiter fordern wir tariflich gesicherte
524 Arbeitsbedingungen, eine der Aufgabe und Qualifikation angemessene Bezahlung und eine

525 regelmäßige Fort- und Weiterbildung. Weiterbildung ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie
526 muss über rein betriebliche Interessen hinausgehen und auch vom Staat unterstützt werden.

527 **4. Bürgerschaftliches Engagement**

528 In einer Demokratie übernehmen Bürger*innen Verantwortung im Gemeinwesen und kontrollieren
529 staatliches Handeln. Deshalb verstehen wir das Engagement unserer Mitglieder und Engagierten
530 als Ausdruck unseres politischen Gestaltungsanspruchs. Wir fördern kurzzeitiges ungebundenes
531 Engagement genauso wie langfristiges festes Ehrenamt. Das ist unser Beitrag zu einer
532 lebendigen Zivilgesellschaft in diesem Land.

533 Engagement führt zu Begegnungen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für
534 die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Für die*den
535 Einzelne*n kann Engagement Sinn und Erfüllung sowie Teilhabe an der Gesellschaft sein. Aus
536 diesen Gründen ist es für uns entscheidend, dass Engagement über alle Altersgrenzen und
537 gesellschaftlichen Gruppen hinweg gelernt und gelebt werden kann.

538 **Engagement ist freiwillig und unabhängig**

539 Bürgerschaftliches Engagement erfolgt auf freiwilliger Basis und verfolgt eigene Zwecke und
540 Ziele. Dabei braucht es gute Rahmenbedingungen, um sich frei zu entfalten. Als Teil der Freien
541 Wohlfahrtspflege treten wir für dauerhafte und auskömmlich finanzierte Strukturen der
542 Engagementförderung ein. Engagement ist in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und
543 darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.

544 **Engagement braucht Raum und ist vielfältig**

545 Engagement braucht eine Ermöglichungskultur, die Räume für Beteiligung eröffnet. Die Motive
546 der Engagierten sind hier Ausgangspunkt für das Engagement, solange sie vereinbar mit dem
547 Grundgesetz sind. Engagement findet zunehmend ortsunabhängig, kurzfristig und auch digital
548 statt. Diese unterschiedlichen Formen ergänzen einander. Wir treten dafür ein, dass in der
549 Engagementförderung digitale Kommunikationswege aufgebaut und gefördert werden. Sie
550 ermöglichen Vermittlung und Koordination und eröffnen neue Wege der Selbstorganisation.

551 **Chance auf Engagement für alle**

552 Engagement ermöglicht vielfältige Lernprozesse und Teilhabe. Damit sich Menschen mit ihren
553 unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische
554 Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern
555 sollte gerade auch Menschen in sozial schwachen Lebenslagen und die Gleichstellung aller
556 Geschlechter fördern. Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die
557 Teilhabe am Engagement ermöglichen.

558 **Engagement braucht Zeit und einfache Zugänge**

559 Zeitmangel ist ein großes Hindernis für ein längerfristiges Engagement. Menschen sollten ihr
560 Engagement mit Schule, Ausbildung, Beruf und Familie vereinbaren können. Wir wissen um die
561 Bedeutung früher Erfahrung mit Engagement für die eigene Biografie. Deshalb setzen wir uns

562 dafür ein, dass Schüler*innen schon früh Engagement und Jugendverbandsarbeit nahegebracht
563 werden.

564 **Internationales Engagement schafft Frieden und baut Vorurteile ab**

565 Wir wollen gezielt Engagement über den lokalen und nationalen Kontext hinaus ermöglichen.
566 Austauschprogramme, insbesondere im Jugendbereich, Engagement im Rahmen internationaler
567 Kooperationen oder die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft schaffen wichtige
568 Berührungspunkte zwischen verschiedenen Kulturen und sollten ausgebaut werden.

569 **Bürgerschaftliches Engagement für jede*n ermöglichen**

570 Niemandem darf durch finanziellen Aufwand der Einsatz für die Gemeinschaft erschwert werden.
571 Zugleich ist Engagement seinem Wesen nach unentgeltlich und darf nur gegen eine
572 angemessene und transparente Aufwandsentschädigung erfolgen. Vor dem Hintergrund geringer
573 Renten und sinkender Reallöhne setzen wir uns für sozial- und arbeitsmarktpolitische Lösungen
574 sozialer Probleme ein. Eine Existenzsicherung durch Vergütungen im Bürgerschaftlichen
575 Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.

576 **5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit**

577 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe für
578 eingewanderte Menschen an der Gesellschaft organisieren und fördern Vielfalt. Eine erfolgreiche
579 Einwanderungspolitik verständigt sich mit allen hier lebenden Menschen auf gemeinsame
580 Normen.

581 Für uns kann sich erfolgreiche Einwanderungspolitik nur am Prinzip der Inklusion ausrichten. Wir
582 werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in
583 der Gesellschaft bekämpfen, die ihrer freien Entfaltung entgegenstehen.

584 **Einwanderungsrecht gestalten**

585 Neben dem Integrationsrecht und dem Asylrecht braucht es ein Einwanderungsrecht, das für
586 Menschen Wege in die Bundesrepublik eröffnet, die Arbeit und ein besseres Leben suchen.
587 Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz wird auch das Asylrecht geschützt. Die
588 Ausgestaltung des Einwanderungsrechts hat sowohl humanitäre als auch arbeitsmarktpolitische
589 Aspekte zu berücksichtigen.

590 **Inklusion durch gesellschaftliche Teilhabe**

591 Inklusion bezieht sich auf alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir treten
592 dafür ein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft
593 und ihren Institutionen zu eröffnen. Strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung sowie
594 Zugangsbarrieren von der politischen bis zur institutionellen Ebene gilt es zu identifizieren und
595 abzubauen.

596

597

598 **Migrationssozialarbeit schafft Chancengleichheit**

599 Wir müssen unsere Einwanderungsgesellschaft im Einklang mit den Menschenrechten gestalten.
600 Indem wir bedürfnisorientierte soziale Dienstleistungen für Einwander*innen anbieten, leisten wir
601 einen Beitrag zur Chancengleichheit. Unsere Arbeit entspringt aus der Motivation, die
602 jahrzehntelange Aufteilung in „wir“ und „die“ in unserer Gesellschaft zu durchbrechen. Wir
603 machen uns stark für Initiativen und migrationsspezifische Maßnahmen, die Einwander*innen an
604 gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen.

605 **Mehrsprachigkeit anerkennen und Staatsbürgerschaft öffnen**

606 Vielfalt wertzuschätzen heißt, das Bildungskapital der Mehrsprachigkeit anzuerkennen und zu
607 fördern. Im Bewusstsein der Leistung der Einwanderungspionier*innen sind wir überzeugt, dass
608 die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum
609 Land verstärkt. Wir fordern, dass bereits erfolgte Einwanderung wertgeschätzt wird, und setzen
610 uns auf allen Ebenen für ein kommunales Wahlrecht von Ausländer*innen ein.

611 **Eine menschenrechtsbasierte Flucht- und Asylpolitik**

612 Wir treten für eine solidarische nationale wie europäische Flüchtlingspolitik ein, die Respekt vor
613 der Würde und dem Recht geflüchteter Menschen hat. Im Inland, in der Europäischen Union, an
614 deren Außengrenzen und bei der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit müssen die
615 Grund- und Menschenrechte beachtet werden. Auch geflüchtete Menschen haben das Recht auf
616 Familie. Um an der Gesellschaft teil zu haben, brauchen sie den gleichen Zugang zu Bildung,
617 Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung. Gesetzlich diskriminierende Bestimmungen
618 sowie Einschränkungen der Mobilität von Geflüchteten sind abzuschaffen.

619 **Bildung und Arbeit als gesellschaftlicher Auftrag**

620 Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Einwanderungsgesellschaft sind
621 Gerechtigkeit und Teilhabe an Bildung und Arbeit. Brüche ergeben sich regelmäßig an den
622 Übergängen von einem in den nächsten Bildungsort. Kinder und Jugendliche sind besonders zu
623 unterstützen. Wir fordern eine individuelle Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor
624 dem Hintergrund der demographischen Veränderung der Gesellschaft ist eine gezielte und
625 systematische Arbeitsmarktpolitik für Einwander*innen eine große Chance.

626 **Rassismus erkennen und bekämpfen**

627 In unserer Einwanderungsgesellschaft muss jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung,
628 Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen bekämpft werden. Als Gesellschaft
629 müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen auseinandersetzen. Sie
630 verfestigen und befördern Rassismus.

631

632

633

634

635

6. Europa

636 Die Arbeiterwohlfahrt ist in Zeiten großer Krisen und Kriege in Europa entstanden. Die
637 europäische Einigung und die politische Integration waren für uns eine Befreiung und ein
638 Aufbruch. In diesem Bewusstsein setzen wir uns für ein geeintes Europa ein, unterstützen die
639 europäische Integration und fordern grenzüberschreitende Solidarität. Nationale Ressentiments
640 und Egoismen bekämpfen wir. Durch die Europäische Union können die Bürger*innen aller
641 Länder reisen, arbeiten und in Frieden miteinander leben. Um jedoch den bestehenden sozialen
642 Verwerfungen, der Armut und der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten, ist der Weg in
643 eine Sozialunion unabdingbar.

644 **Für mehr Demokratie**

645 Wir wollen eine bürgernahe und demokratische Europäische Union. Die starke Stellung des
646 europäischen Rates ist für uns nicht tragbar. Es braucht ein starkes Europäisches Parlament,
647 transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. Die
648 Zivilgesellschaft ist als politischer Akteurin in die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union
649 einzubeziehen.

650 **Für einen Ausgleich zwischen den Regionen**

651 Wir wollen den Frieden in Europa sichern und die Integration so gestalten, dass alle Menschen
652 von ihr profitieren. Annähernd gleiche Lebensstandards innerhalb der Europäischen Union sind
653 unser Ziel. Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich
654 zwischen den unterschiedlichen Regionen.

655 **Soziale Mindeststandards einführen**

656 Ein verbindliches Mindestniveau an sozialen Standards auf europäischer Ebene ermöglicht es,
657 Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Wir
658 sind überzeugt, dass Mitgliedsländer in Krisen Investitionen brauchen und Reformen, die die
659 soziale Absicherung der Bürger*innen schützen.

660 **Personenfreizügigkeit anerkennen, Arbeitsmobilität fördern**

661 Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedsstaaten zur
662 Personenfreizügigkeit verpflichtet. Wir bekennen uns zur Mobilität von Arbeitnehmer*innen,
663 setzen uns für faire Rahmenbedingungen wie die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und
664 Berufsabschlüssen ein. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

665 **Europäisches Engagement und Mobilität**

666 Wir sind durch unsere Geschichte fest in der Zivilgesellschaft verwurzelt und wirken mit in
667 europäischen Netzwerken zur Förderung von Bildung und Bürgerschaftlichem Engagement. So
668 ermöglichen wir jungen Menschen und Erwachsenen, unabhängig von ihrer sozialen Lebenslage,
669 ihre europäischen Nachbar*innen kennenzulernen und sich gemeinsam in und für Europa zu
670 engagieren. Die Vorzüge Europas dürfen nicht privilegierten Gruppen vorbehalten sein.

671

672 **Daseinsvorsorge in Europa sichern**

673 Wir erbringen soziale Dienstleistungen innerhalb der rechtlichen Regelungen des Europäischen
674 Binnenmarktes. Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig
675 handlungsleitend sein. Wir wollen die Qualität der Dienstleistungen und eine adäquate
676 Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine
677 europarechtskonforme und werteorientierte Erbringung gemeinnütziger und
678 gemeinwohlorientierter Dienstleistungen gewährleisten.

679 **Sozialsektor europaweit stärken**

680 Der europäische Sozialsektor braucht mehr Wertschätzung. Er ist gleichstellungspolitisch
681 bedeutend, weil es sich in allen Ländern um ein von Frauen dominiertes Berufsfeld handelt. Die
682 Leistungen erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum
683 gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial,
684 mehr Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges
685 Wachstum zu schaffen. Er ist in der Förderpolitik der Europäischen Union hinreichend zu
686 beachten, auch im Bereich der Förderung der weiteren Digitalisierung und Technisierung.

687 **Ein föderales Europa im Blick**

688 Wir haben die Vision eines föderalen Europas, das stark ist, aber subsidiär bleibt. Das bedeutet:
689 eine Föderation, die den Kommunen, Regionen und Staaten maximalen Spielraum einräumt,
690 jedoch Rahmen und Standards setzt. Und zwar so, dass die Menschen in Europa die
691 Gewinner*innen der europäischen Integration sind.

692 **7. Familie**

693 Familien sind elementar für die Existenz, das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer
694 Gesellschaft. Wir setzen uns für einen umfassenden Familienbegriff ein: Familie ist dort, wo
695 Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und einander
696 Zuwendung schenken. Eine zeitgemäße Familienpolitik stellt die Bedürfnisse der Familien ins
697 Zentrum. Es gilt, für alle Familienmitglieder lebensphasen- und situationsabhängig Bedingungen
698 zu schaffen, aufgrund derer sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen können. Familienpolitik ist
699 darüber hinaus eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch Akteure aus Wirtschaft und
700 Zivilgesellschaft beteiligt. Wir fordern eine gesellschaftliche Verantwortung, die alle
701 Familienformen unterstützt und wertschätzt.

702 **Bindung und Bildung in Familien**

703 Bildungsgerechtigkeit beginnt damit, dass alle Familien als erster und zentraler Ort der Bindung,
704 der frühkindlichen Erziehung und der Bildung anerkannt und gestärkt werden. Es braucht
705 unterstützende und familienbildende sowie begleitende Maßnahmen und eine entsprechende
706 Infrastruktur. An deren (Weiter-)Entwicklung sind Kinder, Jugendliche und Familien zu beteiligen.

707 **Das Kindeswohl steht an erster Stelle**

708 Wir sind von dem Leitgedanken getragen, dass Eltern das Wohl des Kindes am Herzen liegt. Aus
709 dieser Überzeugung heraus treten wir für die Freiheitsrechte der Eltern gegen staatliche Eingriffe

710 ein. Gleichzeitig betonen wir den Vorrang des Kindeswohls und sehen Staat sowie Gesellschaft
711 in der Pflicht, Lebensbedingungen für ein Aufwachsen in Wohlergehen zu schaffen.

712 **Es braucht eine widerspruchsfreie Familienpolitik**

713 Wir brauchen ein umfassendes Konzept familienpolitischer Leistungen, das den tatsächlichen
714 Lebensumständen von Familien entspricht. Widersprüche im Steuerrecht, im Familienrecht, in
715 den Sozialversicherungen, bei Transferleistungen und bei erwerbsbasierten Rentenansprüchen
716 sind aufzulösen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Familien mindestens über ein sozial
717 gerechtes Existenzminimum verfügen.

718 **Zeitpolitik im Blick**

719 Familien benötigen Zeit. Deshalb braucht es für die Lebensqualität von Familien Konzepte, die
720 sowohl Zeitwohlstand als auch Zeitsouveränität beachten. Neben der Vereinbarkeit von Familie,
721 Pflege und Beruf sind Wege zu finden, die allen ein Leben gemäß ihren Werten, ihren
722 Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen ermöglicht.

723 **Sorgearbeit braucht gute Rahmenbedingungen**

724 Sorgearbeit für sich und andere ist die Basis gesellschaftlichen Wohlergehens und
725 wirtschaftlicher Entwicklung. Das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu Familie und Geschlechterrollen
726 wandelt sich. Frauen leisten immer noch den größten Anteil an Sorgearbeit. Wir streiten für eine
727 politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte
728 Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie
729 und Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu
730 schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen und mit ihrem
731 Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.

732 **8. Gleichstellung und Frauenpolitik**

733 Seit unserer Gründung streiten wir für eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern.
734 Unsere Vision ist die Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf. Sie ist erst erreicht, wenn alle
735 Menschen frei sind, ihre Lebensentwürfe unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen
736 Identität zu verwirklichen. Diese Freiheit beruht auf der gleichen Verteilung von Ressourcen,
737 Einfluss und Wertschätzung.

738 Frauenpolitik bleibt ein zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik. Denn nach wie vor sind
739 Frauen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Wir setzen uns für die
740 körperliche, finanzielle und zeitliche Selbstbestimmung von Frauen ein.

741 **Finanzielle Selbstbestimmung von Frauen stärken**

742 Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht. Wir
743 setzen uns für Lohngerechtigkeit ein, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei
744 gleicher Qualifikation abbaut. Deshalb muss ein Entgeltgleichheitsgesetz geschaffen werden.
745 Darüber hinaus sind alle Arbeitsverhältnisse sozialversicherungspflichtig abzusichern sowie
746 rechtliche Vorgaben abzubauen, die eine traditionelle Rollenverteilung zwischen den
747 Geschlechtern fördern.

748 **Recht auf körperliche Unversehrtheit**

749 Das Hilfe- und Unterstützungssystem zum Schutz vor häuslicher Gewalt ist verpflichtend und
750 auskömmlich zu finanzieren. Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen
751 einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe. Er darf nicht von Herkunft und gesundheitlicher
752 Befähigung abhängig sein. Darüber hinaus ist eine Debatte zum Thema Gewalt in Verbindung mit
753 gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeit speziell in Partnerschaften vonnöten. Ziel ist
754 es, präventive Maßnahmen zu ergreifen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit beinhaltet das
755 Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von Inter- und Trans-Personen.

756 **Gleichstellung als Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit**

757 Geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Hierarchien und Unterdrückungsverhältnisse sind
758 abzuschaffen. Alle Menschen sollen unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität ihre
759 Bedürfnisse befriedigen, ihre Fähigkeiten entfalten und Sorge für sich und andere tragen können.
760 Wir wirken Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder Sexualität in Überschneidung mit
761 Herkunft, Bildung, Klasse, Alter, körperlicher Befähigung, Hautfarbe, Religion oder
762 Weltanschauung entgegen.

763 **Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung**

764 Menschen sollen ihre Sexualität, ihre Lebens- und Sexualpartner*innen selber bestimmen
765 können. Jede*r soll sich selbstverantwortlich für oder gegen ein Leben mit Kindern entscheiden
766 können. Wir befürworten das Recht auf Abtreibung. Um Menschen auf ihrem Weg zur sexuellen
767 Selbstbestimmung zu unterstützen, braucht es Aufklärung und Information ab frühester Kindheit.
768 Zudem bedarf es eines kostenlosen Zugangs zu Verhütungsmitteln.

769 **Raum für neue Männlichkeit**

770 Jungen und Männer wollen heute immer weniger alten, stereotypen Rollenbildern entsprechen.
771 Wir treten dafür ein, dass sie in gleichberechtigten Partnerschaften leben sowie für ihre Familie
772 sorgen können und ihre Erwerbsarbeit nicht mehr zum Mittelpunkt ihres Lebens machen müssen.
773 Wir unterstützen Männer, nichttraditionelle Rollen- und Familienmodelle zu leben.

774 **9. Gesundheit**

775 Gesundheitsförderung ist ein Menschenrecht. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu einer
776 umfassenden Gesundheitsversorgung sowie die solidarische Absicherung allgemeiner
777 Lebensrisiken für alle Menschen Voraussetzungen sind, um selbstbestimmt zu leben und
778 gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Ein gesundes Leben führt zu einer erhöhten
779 Lebensqualität sowie zu allgemeinem Wohlstand. Allerdings ist die Gesundheit eines Menschen
780 stark von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen die
781 gleichen Chancen auf ein gesundes Leben und eine gute gesundheitliche Versorgung haben. Es
782 braucht einen barrierefreien Zugang zu grundlegenden gesundheitlichen Leistungen für alle
783 Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Beeinträchtigungen.

784

785

786 **Versorgungsstrukturen im Blick**

787 Die zunehmende Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft, der Anstieg von Multimorbidität
788 sowie chronischer und psychischer Erkrankungen steigern die Komplexität geriatrischen
789 Versorgung. Diese Entwicklung macht eine sektorenübergreifende Versorgung notwendig, in der
790 sich Klient*innen leichter orientieren können. Wir fordern eine dezentrale, wohnortnahe
791 Versorgung, die inklusive Strukturen vorhält. Daraus folgt ein Paradigmenwechsel, weg von einer
792 Ausrichtung an leistungsrechtlichen Vorgaben hin zu einer Versorgung aus der Sicht von
793 Klient*innen.

794 **Prävention und Gesundheitsförderung**

795 Wenn Prävention und Gesundheitsförderung bei den Lebenswelten der Menschen ansetzen,
796 besteht die Chance, alle zu erreichen. Deshalb ist Gesundheitsförderung ressortübergreifend zu
797 verankern. Alle relevanten Akteure im Gesundheitswesen haben einen angemessenen
798 finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind Länder, Kommunen und
799 die private Krankenversicherung. Um die Zunahme von psychischen Erkrankungen am
800 Arbeitsplatz präventiv zu bekämpfen, fordern wir Mitspracherechte, Transparenz, Wertschätzung
801 und Handlungsspielräume von allen Arbeitgeber*innen.

802 **Digitalisierung des Gesundheitswesens**

803 Die Digitalisierung birgt ein großes Potenzial für eine bessere und effizientere Versorgung im
804 Gesundheitswesen. Eine leistungsfähige medizinische und pflegerische Versorgung, die alle
805 Menschen erreicht, wird künftig nicht mehr ohne digitale Unterstützung funktionieren.
806 Digitalisierte, hochgradig personalisierte Medizin schafft enorme Mengen an personenbezogenen
807 sensiblen Daten. Wir treten dafür ein, dass allein der*die Patient*in bestimmt, wem er*sie welche
808 Daten zugänglich macht.

809 **Teilhabe und Lebensqualität durch Rehabilitation**

810 Wir sind überzeugt, dass medizinische Rehabilitation die Teilhabe an der Gesellschaft im Blick
811 haben muss und nicht nur die Arbeitsfähigkeit von Menschen. Ältere Personen müssen besseren
812 Zugang zu Leistungsangeboten der Rehabilitation erhalten. Dazu sind die geriatrischen
813 Rehabilitationsziele so zu fassen, dass sie den Gewinn an Lebensqualität durch Teilhabe
814 verdeutlichen.

815 Erschöpfte Eltern brauchen genauso wie pflegende Angehörige zugängliche
816 Entlastungsangebote. Stationäre Vorsorge- und Reha-Maßnahmen für Mütter, Väter und
817 pflegende Angehörige reagieren auf gesundheitliche Beeinträchtigungen, die aus der privaten
818 Sorgearbeit resultieren. Sie berücksichtigen neben den körperlichen die psychosozialen
819 Dimensionen von Erkrankungen. Wir machen uns in den Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen, den
820 Kurberatungsstellen, den Reha-Einrichtungen für pflegende Angehörige und im politischen Raum
821 stark für die Sorgenden.

822

823

824 **Für eine solidarische Finanzierung**

825 Aus unseren Grundwerten heraus sind wir überzeugt, dass eine gerechte
826 Gesundheitsversorgung nur durch ein starkes Miteinander möglich ist. Wir fordern, dass die
827 Kranken- und Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung
828 weiterentwickelt wird. Deshalb ist die unsolidarische Trennung in private und gesetzliche
829 Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben. So werden einheitliche Rahmenbedingungen für
830 einen Wettbewerb der Krankenversicherer untereinander geschaffen und die Ursachen für
831 Risikoselektion sowie Ungleichbehandlungen beseitigt. Eine stabile und gerechte Finanzierung ist
832 unverzichtbar, um Gesundheit und Pflege nachhaltig zu sichern. Wir wollen der größten
833 Wirtschaftsbranche in unserem Land – Gesundheit und Pflege – eine stabile und
834 innovationsfördernde Perspektive geben.

835 **10. Kindheit und Jugend**

836 Wir übernehmen als Verband und in unseren Einrichtungen und Diensten Mitverantwortung
837 dafür, dass allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Entwicklungschancen eröffnet werden.
838 Es ist für unsere Gesellschaft ein zentrales und zukunftsorientiertes Anliegen, ihnen ein
839 Aufwachsen in Wohlergehen zu gewährleisten. Maßstab hierfür sind die Bedarfe von Kindern und
840 Jugendlichen unter Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer
841 Sorgeberechtigten. Die Teilhabe und Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen ist zu
842 fördern. Familiäres Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich in einem
843 demokratischen Gemeinwesen wechselseitig.

844 **Kinderrechte ins Grundgesetz**

845 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind nach den Prinzipien der Kinderrechtskonvention
846 der Vereinten Nationen bei Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu
847 berücksichtigen. Deshalb fordern wir, die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu
848 verankern. Das bedeutet, altersgerechte Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten
849 einzurichten sowie ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche einzuführen.

850 **Eigenständige Jugendpolitik**

851 Die Jugend in ihrer Vielfalt ist durch Orientierung, Entwicklung und Übergänge geprägt und
852 dadurch eine besondere Lebensphase. Jugendliche sind dabei zu unterstützen, ihr Leben nach
853 eigenen Wünschen zu gestalten. Gute Jugendpolitik vertritt als eigenständiges Politikfeld
854 parteilich die Ansprüche und Bedürfnisse Jugendlicher in der Gesellschaft und beteiligt sie an
855 ihrer Entwicklung.

856 **Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen**

857 Wir sind der freien Entfaltung der Persönlichkeit im ganzheitlichen Sinne verpflichtet. Für uns
858 haben die Lebensphasen Kindheit und Jugend einen Eigenwert und sind mehr als nur eine
859 Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Deshalb sind Freiräume zu schaffen, die es Kindern,
860 Jugendlichen und Familien ermöglichen, sich kreativ, frei und selbstbestimmt zu entwickeln.

861

862 **Beteiligung von Anfang an**

863 Wir begegnen Kindern, Jugendlichen und ihren Sorgeberechtigten wertschätzend. Unser
864 Handeln ist von der Haltung getragen, Beteiligung und Kooperation zu fördern. Daraus leiten wir
865 unser Hilfeverständnis ab, das auf einer beteiligungsorientierten und zur Beteiligung
866 befähigenden Pädagogik aufbaut.

867 **Vorausschauende und vernetzte Ansätze stärken**

868 Die Kinder- und Jugendhilfe hat in allen Altersphasen Potenziale und Stärken der Kinder, der
869 Jugendlichen sowie der für sie Sorgenden frühzeitig zu erkennen und zu fördern.
870 Benachteiligungen dürfen gar nicht erst entstehen.

871 Rechtsansprüche auf präventive Angebote sind daher auszubauen und in lebensweltbezogenen
872 Netzwerken zu verwirklichen. Im Rahmen einer Sozialraumorientierung können Vernetzung und
873 Kooperation – auch unter Einbeziehung von Bürgerschaftlichem Engagement – weiterentwickelt
874 werden.

875 **Für einen sicheren Ort**

876 Kinderschutz beginnt damit, Kinder und Jugendliche zu stärken sowie Familien dabei zu
877 unterstützen, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen. Fachkräfte müssen sich den gewandelten
878 Lebenslagen und Gefährdungen entsprechend für eine professionsübergreifende
879 Zusammenarbeit fortlaufend qualifizieren. Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren
880 Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten.

881 **Gesundheitsförderung**

882 Ein Aufwachsen in Wohlergehen können Jugendhilfe-, Bildungs- und Gesundheitssystem nur
883 gemeinsam gewährleisten. Sie müssen systematisch und auf der Grundlage von
884 Rechtsansprüchen zusammenarbeiten. Eine integrierte Sozialplanung muss den Rahmen dafür
885 vorgeben, dass auch schon vorgeburtlich Beratung, Förderung und Hilfe geleistet werden kann.
886 Fähigkeiten müssen gefördert, aber auch Schwächen aufgegriffen und Nachteile verhindert
887 werden.

888 **Jugendarbeit stärken**

889 Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit knüpfen an den Interessen junger Menschen an und
890 werden von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Sie befähigen zur Selbstbestimmung und fördern
891 gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement. Sie sind eine wichtige Säule für
892 eine lebendige demokratische Gesellschaft. Um ihren Auftrag zu erfüllen, müssen Jugendarbeit
893 und Jugendverbandsarbeit dauerhaft finanziell gesichert und weiterentwickelt werden. Wir
894 unterstützen insbesondere die Arbeit des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt als eigenständiger
895 Kinder- und Jugendverband.

896

897

898

899 **Kindergrundsicherung verwirklichen**

900 Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein. Die
901 Versteuerung in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern und die Zusammenführung einzelner
902 Leistungen fördern Gerechtigkeit und Transparenz.

903 **Staatliche Verantwortung für die Jugendhilfe**

904 Die öffentliche Hand ist für die Planung und Bereitstellung bedarfsgerechter Leistungen und
905 Einrichtungen der Jugendhilfe verantwortlich. Dabei sind die Achtung des Subsidiaritätsprinzips
906 und das partnerschaftliche Zusammenwirken mit freien Trägern grundlegend für eine
907 adressatenorientierte Weiterentwicklung in einer gemeinsamen Verantwortung. Bund, Länder und
908 Kommunen haben die Finanzierung der Infrastruktur und der individuellen Leistungen sowie die
909 Erfüllung der individuellen Rechtsansprüche gemeinsam sicherzustellen. Wir treten für eine
910 inklusive Jugendhilfe ein, die bei individuellem Bedarf auch für junge Menschen über das 18.
911 Lebensjahr hinaus zuständig ist.

912 **11. Menschen in besonderen Lebenslagen**

913 Wir sind für Menschen in besonderen Lebenslagen ein Sprachrohr und leisten mit unserer Arbeit
914 praktische Hilfe (zur Selbsthilfe). Mit einem unverstellten Blick auf die Situation dieser Menschen
915 treten wir gegen Auffassungen in der Gesellschaft ein, dass es sich hierbei um Randgruppen,
916 selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt. In der Schuldnerberatung, der
917 Straffälligen-, Wohnungslosen- und Suchthilfe streiten wir in dem Wissen um die eng miteinander
918 verbundenen Herausforderungen genauso für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft
919 wie in unseren Betreuungsvereinen.

920 **Schuldner- und Insolvenzberatung**

921 Wir machen auf die sozialen Auswirkungen von Überschuldung aufmerksam, die Wohnungen,
922 Arbeitsplätze und Beziehungen gefährdet, und beraten Menschen über ihre Rechte und Pflichten.
923 Ziel ist es, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu
924 schaffen.

925 **Straffälligenhilfe**

926 Oberstes Ziel der Straffälligenhilfe ist die Resozialisierung und Eingliederung in die Gesellschaft.
927 Deshalb fordern wir verstärkt Alternativen zum reinen Freiheitsentzug. Ambulante Maßnahmen
928 können soziale Trainingskurse für jugendliche Straffällige sein, um ihre kognitiven Kompetenzen
929 und ihre Sozialfähigkeit zu steigern, oder auch Arbeitsprojekte, in denen Geldstrafen durch
930 gemeinnützige Arbeit abgegolten werden.

931 **Suchthilfe**

932 Unsere Grundhaltung ist geprägt von einem Verständnis der unterschiedlichen persönlichen und
933 sozialen Hintergründe der Menschen sowie der verschiedenen Verläufe und Ausprägungen von
934 Sucht. Unser ehrenamtliches Engagement in vielen Selbsthilfegruppen und -initiativen ist ein Teil
935 der Nachsorge, ohne die eine erfolgreiche Suchthilfearbeit nicht zu leisten ist. Deshalb fördern wir

936 eine enge Kooperation und Vernetzung zwischen ehrenamtlichen Selbsthilfeinitiativen und
937 professionellen Einrichtungen und Diensten.

938 **Wohnungslosenhilfe**

939 Wohnungslosigkeit ist oft das Resultat eines Zusammenspiels individueller und sozialer Aspekte,
940 denen wir mit persönlich abgestimmten Hilfen begegnen. Die Freiheit der*des Einzelnen in der
941 Auswahl und in der Annahme der Hilfeangebote ist zu beachten. Um Wohnungslosigkeit zu
942 verhindern, fordern wir ein stärkeres Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im
943 Wohnungsbau.

944 **Betreuungsvereine für ein selbstbestimmtes Leben**

945 Wir setzen uns für ein flächendeckendes, bundesweites Netz an Betreuungsvereinen ein, deren
946 gesetzliche Finanzierung dynamisch an die realen Kosten angepasst wird und damit dauerhaft
947 Strukturen sichert. So sind in Zukunft weiterhin Ehrenamtliche zu gewinnen, fachgerecht zu
948 beraten und fortzubilden. Dadurch wird das Engagement vieler Familienangehöriger und
949 Menschen, die sich für die ehrenamtliche Übernahme einer rechtlichen Betreuung interessieren,
950 gefördert und unterstützt.

951 **12. Menschen mit Behinderungen**

952 Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen machen wir uns dafür stark, dass sie
953 selbstbestimmt und frei leben können. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen
954 zur Inklusion ist hierfür konsequent in der Bundesrepublik zu verwirklichen. Behinderungen sind
955 für uns keine Eigenschaft einzelner Menschen, sondern entstehen in Wechselwirkung von
956 individuellen körperlichen, geistigen, seelischen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit
957 gesellschaftlichen Barrieren. Von Menschen mit Behinderungen sprechen wir, um die Zielgruppe
958 genau zu benennen und bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen zu verdeutlichen.
959 Ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen im politischen,
960 wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Raum ist unser Ziel.

961 **Selbstbestimmt arbeiten**

962 Eine sinnstiftende und existenzsichernde Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens auch von
963 Menschen mit Behinderungen. Sie sollen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen selbstbestimmt
964 wählen können, wo und wie sie arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, die
965 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen schafft,
966 insbesondere von Frauen mit Behinderungen.

967 Neben der Beschäftigung auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt bedarf es weiterer
968 Arbeitsformen, um Menschen mit Behinderungen eine ihrer individuellen Situation angepasste
969 Beschäftigung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen von
970 ihrer Arbeit leben können und ihren Behinderungen entsprechend unterstützt werden.

971 **Aktiv mitbestimmen**

972 Menschen mit Behinderungen müssen zukünftig das politische Handeln auf allen föderalen
973 Ebenen mitgestalten können und geeignete Räume des Engagements vorfinden. Das Prinzip

974 „Nichts über uns ohne uns“ muss uneingeschränkt gelten. Politik, Verwaltung und Parteien sind in
975 der Pflicht, barriere- und diskriminierungsfreie Beteiligung zu ermöglichen und angemessene
976 Unterstützung bereitzustellen. Im Engagement müssen Möglichkeiten der Mitarbeit und
977 Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Die Beteiligung von
978 Kindern, Jugendlichen und Frauen mit Behinderungen ist besonders zu fördern.

979 **Selbstbestimmte Teilhabe vor Ort**

980 Das Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit Menschen ohne
981 Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und es gestalten. Wir setzen uns für
982 einen barrierefreien Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Konsumeinrichtungen und -orten ein.
983 Menschen mit Behinderungen müssen sich kreativ, künstlerisch, sportlich und intellektuell
984 entfalten können. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen mit
985 Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen.

986 **13. Pflege**

987 Wir streiten für Rahmenbedingungen und Unterstützung, die Teilhabe im Fall von
988 Pflegebedürftigkeit und insbesondere auch für Menschen mit Demenz ermöglichen. Neben den
989 Leistungen der Pflegeversicherung und einem eventuellen Bezug von Sozialleistungen ist
990 ergänzend ein Anspruch auf Teilhabe für pflegebedürftige Menschen unabhängig von ihrem
991 Wohnort notwendig. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt alle Leistungen der
992 Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen. Bei Menschen mit Pflegebedarf ist der vorhandene
993 Rechtsanspruch auf Leistungen sozialer Teilhabe anzuerkennen und leistungsrechtlich
994 auszugestalten.

995 **Anerkennung und Verbesserung der Pfl egetätigkeit**

996 Wir wollen, dass die Bedeutung des Arbeitsfeldes sich in der gesellschaftlichen Wertschätzung
997 widerspiegelt. Nur durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine angemessene
998 Bezahlung kann dem Fachkräftemangel begegnet werden. Die Anwerbung von Fachkräften und
999 Auszubildenden aus dem Ausland ist für uns nur ein Baustein zur Behebung des
1000 Fachkräftemangels. Dabei sind ethische Werte mit Blick auf das Herkunftsland und bestehende
1001 soziale Beziehungen zu beachten. Gerade Haushaltshilfen sind zu guten Arbeitsbedingungen zu
1002 beschäftigen. Die Pflegepolitik muss den Bedürfnissen der Pflegesituation in den Familien
1003 gerecht werden, sodass weniger auf illegale Haushaltshilfen zurückgegriffen wird.

1004 **Fachlichkeit in der Pflege sichern und weiterentwickeln**

1005 Voraussetzung für qualitativ gute Pflege sind gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl.
1006 Auch Hilfskräfte sind angemessen zu schulen und einzuarbeiten. Die zukünftigen Anforderungen
1007 machen eine weitere Professionalisierung und Anpassungen der Pflegearbeit an die Bedarfe des
1008 Arbeitsfeldes notwendig. Wir streiten für ein umfassendes System der beruflichen Aus-, Fort- und
1009 Weiterbildung, das in einem großen Umfang bundeseinheitlich ausgestaltet ist und eine adäquate
1010 Ausbildungsfinanzierung beinhaltet. Zudem sind attraktive Entwicklungsmöglichkeiten durch
1011 Anerkennung von erworbenen Kompetenzen sowie eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen.

1012

1013 **Den Wandel der Pflege gestalten**

1014 Die Pflege hat sich an den Wünschen der Menschen auszurichten, die so lange wie möglich in
1015 der eigenen Häuslichkeit und/oder in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben wollen. Genauso ist
1016 der Vielfalt dessen, was wir als Alter bezeichnen, gerecht zu werden. Einrichtungen und Dienste
1017 kommen diesem Bedürfnis nach. Es braucht hierfür Übergangsformen und flexible,
1018 niedrigschwellige Hilfe- und Unterstützungsangebote sowie die entsprechende Refinanzierung.
1019 Sie ermöglichen den Menschen, selbstständig zu wohnen, und gestatten pflegenden
1020 Angehörigen, häusliche Pflege sowie eine wohnortnahe Versorgung aufrechtzuerhalten.
1021 Vernetzte und kooperierende Einrichtungen und Dienste im Sozialraum sind zu fördern. Hierfür
1022 braucht es eine verpflichtende kommunale Steuerung.

1023 **Finanzierung der Pflege**

1024 Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung von Leistungsangeboten in der Pflege neu geregelt
1025 und die Leistungen der Pflegeversicherungen ausgedehnt werden müssen. Das
1026 Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung ist nicht zukunftsfähig. Nur eine Vollversicherung ist
1027 richtungsweisend. Eine ausgebauten Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung ist das Ziel.
1028 Hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen sind verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen.
1029 Eine Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen ist einzuführen.

1030 **Würdevolles Sterben**

1031 In jedem Lebensalter ist die Selbstbestimmung der Menschen in ihrer letzten Lebensphase
1032 zentral. Sie ist in der medizinisch-pflegerischen sowie der palliativen und hospizlichen
1033 Versorgung, bei Abschiednahme und Sterbeprozessen zu beachten. Dabei ist auf individuelle
1034 und kulturelle Unterschiede einzugehen. Es braucht eine Sterbebegleitung, die sich an den
1035 Bedürfnissen von sterbenden Menschen orientiert, sowie eine würdevolle Abschiedskultur und
1036 Trauerbegleitung für Angehörige und Nahestehende. Eine flächendeckende palliativ-hospizliche
1037 Versorgung in allen Einrichtungen und Diensten ist gesetzlich sicherzustellen. Ziel ist es,
1038 Sterbenden Schmerzen zu ersparen. Wir fördern auch die Zusammenarbeit zwischen Hauptamt
1039 und Engagierten im Prozess würdevollen Sterbens.

1040 **14. Internationale Solidarität in einer globalisierten Welt**

1041 Seit unserer Gründung setzen wir uns als Teil einer internationalen (Arbeiter-)Bewegung über die
1042 Landesgrenzen hinweg in Solidarität für benachteiligte Menschen ein. Der globalisierte
1043 Finanzkapitalismus zwingt uns zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Geldvermehrung sowie zur
1044 Privatisierung und erschwert so ein Leben in Würde für alle. Wir streiten für eine globale
1045 Gerechtigkeit, in der die Grundversorgung für alle Menschen öffentlich, demokratisch und
1046 ökologisch sichergestellt wird.

1047 **Nachhaltiges Wirtschaften, Klimaschutz und menschenwürdige Arbeit weltweit**

1048 Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist für uns eine
1049 richtungsweisende Übereinkunft. Sie verpflichtet alle Staaten dazu, den Hunger zu beenden, ein
1050 gesundes Leben für alle Menschen zu gewährleisten, menschenwürdige Arbeit zu fördern und
1051 dem fortschreitenden Klimawandel durch nachhaltiges Wirtschaften entgegenzutreten. Wir

1052 bekennen uns zu den Weltklimazielen von Paris und treten für deren Einhaltung ein. Im eigenen
1053 Land, aber auch global trägt Deutschland als eine der reichsten Industrienationen hier eine
1054 besondere Verantwortung.

1055 Wir begleiten die Umsetzung dieser Entwicklungsziele sozial- und bildungspolitisch in nationaler
1056 und internationaler Perspektive. Dies ist unser Beitrag zur globalen sozialen und ökologischen
1057 Transformation eines auf quantitatives Wachstum, private Vermögen und
1058 Ressourcenverschwendung ausgerichteten Wirtschaftsmodells.

1059 Wir kämpfen dafür, dass weltweit die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation
1060 eingehalten werden: Allen steht das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf
1061 Kollektivverhandlungen zu. Zwangs- und Kinderarbeit wollen wir abschaffen und Diskriminierung
1062 in Beschäftigung und Beruf verbieten.

1063 **Weltweite Gerechtigkeit schafft weltweiten Frieden**

1064 Wir sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, um den
1065 Weltfrieden herzustellen und Fluchtursachen zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum allein
1066 garantiert keine Gerechtigkeit. Wir streiten für eine globale, nachhaltige Wirtschafts- und
1067 Sozialpolitik.

1068 **Zivilgesellschaft stützen, Rechte einklagen, Armut bekämpfen**

1069 Mit unserem Fachverband AWO International stärken wir gezielt Menschen, die von
1070 Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut betroffen sind. Genauso unterstützen wir
1071 zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, die diese Arbeit leisten. Im Zentrum stehen Frauen
1072 und Kinder, indigene Gruppen, Migrant*innen sowie von Menschenhandel bedrohte Personen.
1073 Wir unterstützen sie darin, politische und rechtliche Ansprüche durchzusetzen. Unsere
1074 Katastrophenprävention schützt besonders verwundbare arme Menschen und hilft gemeinsam
1075 mit unseren Partnern vor Ort akut, schnell und bedarfsgerecht.

1076 **Die Verantwortung der*des Einzelnen in einer globalen Welt**

1077 Die Transformation unserer Welt kann nur gelingen, wenn jede*r Einzelne bereit ist, daran
1078 mitzuwirken. Unser Lebensstil in Deutschland kann nicht global gelebt werden. Deshalb müssen
1079 wir als Gesellschaft das richtige Maß der Selbstbegrenzung finden.

1080

1081

1082

1083

1084

1085

1086

1087 **VIII. Wir verpflichten uns**

1088 ***Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliche Unternehmen und***
1089 ***als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln.***

1090 ***Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen,***
1091 ***machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.***
1092

1093 Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband
1094 handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk,
1095 das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht und verwalten unsere Finanzen sorgsam.
1096 Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in
1097 allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und
1098 verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

1099 **Wir schätzen Ehrenamt und Engagement**

1100 Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich
1101 unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns
1102 geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle
1103 Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden
1104 Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

1105 **Wir bieten Gute Arbeit**

1106 Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu
1107 zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen,
1108 persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung
1109 innovativer Prozesse und Projekte - insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von
1110 Arbeitsprozessen - von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit
1111 Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Wir ermöglichen, Familie und Beruf zu
1112 vereinbaren, und achten sowie fördern die Gesundheit unserer Mitarbeitenden.
1113 Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und
1114 qualifizieren ihn.

1115 **Wir wollen Mitbestimmung**

1116 Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der
1117 Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir
1118 demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und
1119 Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen
1120 Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die
1121 Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich
1122 Betriebsräte bilden.

1123

1124 **Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen**

1125 Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und
1126 individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel,
1127 ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n
1128 Klient*innen wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist.

1129 **Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht**

1130 Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem
1131 Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher
1132 Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu
1133 unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere
1134 Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen werden transparent getroffen.

1135 **Wir handeln nachhaltig**

1136 Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so
1137 gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbare Vorgaben und Ziele. Die
1138 Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen
1139 Handelns sowie unserer sozialen Arbeit.

1140 **Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit**

1141 Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir
1142 auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer
1143 Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer
1144 Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und
1145 Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.

1146

1147

1148

1149

1150

1151

1152

1153

1154

1155

1156 **Glossar**

1157 Mit dem **freiheitlichen demokratischen Sozialismus** bekennen wir uns zu unserem
1158 Ursprung als Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Wir verdeutlichen damit unseren
1159 Glauben an den humanitären Fortschritt der Menschheit. Wir verbinden damit auch unsere
1160 Kritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell und betonen eine Alternative auf der Basis
1161 unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Jede
1162 Veränderung im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann jedoch nur
1163 demokratisch stattfinden. Unsere Auffassung vom freiheitlichen demokratischen Sozialismus
1164 schützt die*den Einzelne*n vor der Willkür der Mehrheit und stellt sich gegen jede Form der
1165 autoritären oder totalitären Herrschaft. Nur die Demokratie und der Rechtsstaat achten die
1166 Würde des Menschen, seine Freiheit und das Recht. Das ist unser Begriff des freiheitlichen
1167 demokratischen Sozialismus.

1168 **Hilfe zur Selbsthilfe** ist Ausdruck unserer Auffassung, dass wir jeden Menschen
1169 unterstützen, sich selbst und im Zusammenschluss mit anderen zu helfen. Das Ziel unserer
1170 Arbeit ist es - wo es die Umstände erlauben - den einzelnen Menschen soweit zu
1171 unterstützen, bis er in der Lage ist, selbstbestimmt sein Leben zu führen.

1172 **Inklusion** ist ein Prinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu
1173 verwirklichen. Inklusion verdeutlicht, dass jede*r auf ihre*seine Art und Weise einzigartig und
1174 Teil der Vielfalt ist. Damit alle Menschen mitwirken und mitentscheiden können, sind die
1175 baulichen, kommunikativen, strukturellen, ökonomischen sowie fachlichen
1176 Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft zu prüfen und wo nötig zu verändern.

1177 **Interkulturelle Öffnung** ist ein Modell zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit
1178 Migrationshintergrund in Organisationen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dass Menschen
1179 mit Migrationshintergrund in Einrichtungen, Diensten und im Verband ihrem
1180 Bevölkerungsanteil entsprechend repräsentiert werden und dass die Angebote sich
1181 konzeptionell, organisatorisch und personell an den Bedürfnissen von Menschen
1182 unterschiedlicher Herkunft aufstellen.

1183 **Rassismus** teilt Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, ihrer
1184 Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen
1185 unveränderliche, oft negative Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu. Ihre eigene Gruppe
1186 sehen Rassist*innen in der Regel als natürlich überlegen an und leiten daraus das Recht zur
1187 Benachteiligung anderer ab.

1188 **Sexuelle Identität** beschreibt, wie Menschen sich selbst wahrnehmen und wie sie im
1189 Hinblick auf Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, Geschlechterrolle und sexuelles
1190 Begehren von anderen wahrgenommen werden wollen. Sexuelles Begehren beschreibt, zu
1191 welchem Geschlecht oder welchen Geschlechtern Menschen sich romantisch, erotisch und
1192 sexuell hingezogen fühlen.

1193 **Sorgearbeit** verwenden wir als Rahmen, um alle Sorgetätigkeiten, unabhängig von
1194 Gegenstand und Art der Sorge und unabhängig von der Organisationsform

1195 (unbezahlt/bezahlt, informell/formell, privat/professionell, Ehrenamt/Erwerbsarbeit), zu
1196 beschreiben. Sofern wir von Sorgearbeit reden, die die private Pflege, Zuwendung,
1197 Versorgung für andere oder sich selbst meint, die unbezahlt, informell oder als Ehrenamt
1198 stattfindet, sprechen wir explizit von „privater Sorgearbeit“. Wir beachten die Debatte, die
1199 unter dem Begriff „Care“ stattfindet und unter anderem die Frage, wie wir miteinander leben
1200 und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren wollen.

1201 Unter **Sozialer Arbeit** verstehen wir die bezahlte, formelle sowie professionelle Pflege,
1202 Zuwendung und Versorgung für andere, die als Erwerbsarbeit stattfindet.

1203 Unter **Sozialraum** verstehen wir das Lebensumfeld des Menschen, den Ort, an dem er
1204 konkrete Unterstützung erhält, um seine Lebensqualität und -situation zu verbessern. Hier
1205 kann er sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft engagieren, Akzeptanz und
1206 Wertschätzung der Mitmenschen erfahren und Demokratie leben. Sozialraumorientierung ist
1207 eine Handlungsoption der Sozialen Arbeit, die von der individuellen Bedarfslage aus das
1208 Umfeld des Menschen mit seinen Angeboten und Einrichtungen in den Blick nimmt.

1209 Nach dem gesellschaftlichen Prinzip der **Subsidiarität** übernimmt im Staat die kleinere
1210 Einheit im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit staatliche Aufgaben. Der Staat trägt die
1211 Verantwortung, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.
1212 Damit unterstützt er zugleich private, selbstständige Organisationen der Zivilgesellschaft wie
1213 die Freie Wohlfahrtspflege. Der Wert der Subsidiarität zeigt sich für den Menschen durch die
1214 Wahlfreiheit und durch bürgernahe Hilfe und Unterstützung.

1215 **Geschlecht** beschreibt die Einteilung von Menschen in „weiblich“ oder „männlich“. Sie
1216 basiert auf biologischen Geschlechtsmerkmalen, Geschlechtsidentität (innere Überzeugung,
1217 einem Geschlecht anzugehören) und Geschlechterrollen, die von gesellschaftlichen Normen
1218 (Aussehen, Körpersprache, Verhaltensweise) definiert werden. Die Vielfalt von Menschen
1219 wird durch die ausschließliche Einteilung in Frauen und Männer unzureichend erfasst: Es
1220 gibt beispielsweise Menschen, deren biologisches Geschlecht mehrdeutig ist (intersexuelle
1221 oder intergeschlechtliche Menschen), und Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht
1222 identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde (Transgender oder
1223 Transsexuelle). Unser Verständnis von Geschlecht schließt alle mit ein. Geschlecht ist
1224 vielfältig.

1225

1226

AWO Bezirksverband Baden e.V.

Antrag an die Sonderkonferenz 2019.

Sechster Grundwert „Nachhaltigkeit“

Die Bundessonderkonferenz möge beschließen:

„Nachhaltigkeit“ wird als neuer Grundwert hinzugefügt und der Entwurf des Grundsatzprogramms entsprechend ergänzt.

„**Nachhaltigkeit** bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern. Das bedeutet, dass bei der Befriedigung aktueller Bedürfnisse immer die mittel- und langfristigen Auswirkungen für alle Menschen und die Natur mitbedacht werden müssen.“

Begründung:

Nicht nur die Erkenntnisse nahezu aller damit befassten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern auch weltweite Demonstrationen und Proteste sowie die Entscheidungen vieler Wählerinnen und Wähler belegen, dass die Maßnahmen der Politik völlig unzureichend sind, die durch den Klimawandel verursachten Folgen zu beherrschen.

Wir alle stehen in der Verantwortung, dem durch nachhaltiges Handeln entgegenzuwirken. Auch die AWO als große Wohlfahrtsorganisation muss ein Zeichen setzen. Dazu genügt es nicht, irgendwo im Text die Nachhaltigkeit zu fordern, sie gehört an prominente Stelle. Das kann nur die Zuordnung der Nachhaltigkeit zu den traditionellen Leitbegriffen Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz sein.

Raubbau an der Natur gab es zwar schon im Gründungsjahr der AWO, aber die ökologische Bedrohung der Erde mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen war 1919 noch kein Thema. Heute müssen wir uns nicht nur für Gerechtigkeit, sondern außerdem für einen lebenswerten Planeten einsetzen. Insofern stünde es der AWO gut zu Gesicht, zu zeigen, dass im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens ein neuer Schwerpunkt hinzugekommen ist. Ein sechster Grundwert „Nachhaltigkeit“ stünde der AWO im Jubiläumsjahr gut an und würde deutlich machen, dass wir die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Die gute Arbeit von AWO International wird ohne Nachhaltigkeit an Effizienz verlieren. Wir unterstützen AWO International, räumen aber nachhaltigem Handeln in unseren Grundwerten kaum Platz ein. Katastrophenhilfe ja, aber was ist mit der Ursachenbekämpfung?

Nachhaltiges Handeln ist auch ein wichtiger Beitrag nicht nur zur Imagepflege, auch dem Verband und seinen Einrichtungen steht es gut an, jedes Handeln unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu überprüfen. Dazu gehört beispielsweise die Verwendung nachhaltiger Produkte von AWO International.

Im Übrigen haben bereits jetzt viele Ortsvereine und Kreisverbände die Forderung nach Nachhaltigkeit in ihren lokalen Leitbildern. Der AWO-Bundesverband sollte hier nicht abseits stehen.

AWO Bezirksverband Baden e.V.

Antrag an die Sonderkonferenz 2019.

Geschlechterspezifische Ungleichheiten

Die Bundessonderkonferenz möge beschließen:

Im Entwurf des Grundsatzprogramms wird der Begriff „Geschlechterspezifische Ungleichheiten“ (Zeile 757 f) durch „Geschlechterspezifische Ungleichbehandlungen“ ersetzt.

Begründung:

Die biologisch vorgegebenen Ungleichheiten können nicht abgeschafft werden – die daraus resultierenden Ungleichbehandlungen aber sehr wohl.

Es handelt sich also um eine sprachlich missglückte und inhaltlich missverständliche Formulierung, die mit der Änderung korrigiert werden kann.



Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

01/19

Datum: 14.08.2019

Antragssteller: AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger: AWO- Sonderkonferenz 2019

**Betreff: Verwendung des Begriffes „AWO“ im neuen
Grundsatzprogramm**

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Der Name „Arbeiterwohlfahrt“ soll in dem neu konzipierten Grundsatzprogramm im Sinne eines modernen Imagebildes nicht durchgängig verwendet werden. Es soll der sowohl in der AWO-Landschaft, als auch in der Öffentlichkeit gängigen Begriff „AWO“ Verwendung finden.

Antragsbegründung:

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist ein progressiver, wertegebundener und zugleich zukunftsgeradter Wohlfahrtsverband und agiert seit Jahrzehnten bundesweit professionell in vielen sozialpolitisch und gesellschaftlich relevanten Themen und Bereichen. Dies geschieht alles unter dem Namen „AWO“

Die AWO wird jedoch immer noch und nicht zu Recht als antiquiert und unmodern wahrgenommen. Um ein modernes, progressives Erscheinungsbild des Gesamtverbandes auch sprachlich zu unterstützen, wird die Verwendung des, im Sprachgebrauch etablierten Begriffes „AWO“, anstatt der Verwendung des archivierten und verstaubten Begriffes „Arbeiterwohlfahrt“ im Grundsatzprogramm vorgeschlagen.

Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

02/19

Datum: 14.08.2019

Antragssteller: AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger: AWO- Sonderkonferenz 2019

**Betreff: Inhaltliche Präzisierung des Kapitels 9. Gesundheit
/ Themenbereich „Prävention und
Gesundheitsförderung“ / Zeile 799.**

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Der Bundesverband wird gebeten die Zeile 799 des neuen Grundsatzprogrammes im Kapitel 9. Gesundheit im Themenbereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ des Kapitels 9. Gesundheit inhaltlich wie folgt zu ergänzen:

Zeile 798: „Gefragt sind Länder, Kommunen und

Zeile 799: neben den gesetzlichen Krankenkassen auch die private
Krankenversicherungen“.

Antragsbegründung:

Um die privaten Krankenversicherungen zur selben Leistung wie die Gesetzlichen aufzufordern ist es notwendig, die Formulierung im Themenbereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ wie oben ausgeführt zu präzisieren.

Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

03/19

Datum:

14.08.2019

Antragssteller:

AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger:

AWO- Sonderkonferenz 2019

Betreff:

**Änderungsantrag zu
V. Soziale Ungleichheit bekämpfen**

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

- 266 Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit
zu
267 kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und
unsere
268 Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft
körperliches
269 sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleicher Lebenschancen. Wir
wollen
270 Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden,
wollen
271 wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft
verändern.
272 Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

Einfügen

- 273 **„Zur Bekämpfung von Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung stehen wir für einen**
274 **starken Sozialstaat im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft ein.“**

Wohnen ist ein Menschenrecht....

Streichen Nebensatz 279

- 277 Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte
Ungleichheiten
278 mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb kämpfen wir
279 bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen ~~und einen starken Sozialstaat.~~

Antragsbegründung:

Wir halten eine stärkere Betonung und eine prominentere Platzierung des Begriffes „starker Sozialstaat“ für angezeigt.

In der bisherigen Formulierung könnte der Eindruck entstehen, die Forderung nach einem starken Sozialstaat steht ausschließlich im Zusammenhang mit der Forderung einer verlässlichen, sozialen Infrastruktur.

Ferner scheint uns angezeigt, sich zur „sozialen Marktwirtschaft“ zu bekennen.

Das Grundgesetz legt keine bestimmte Wirtschaftsordnung fest. Ebenso wenig wird die Soziale Marktwirtschaft beim Namen genannt. Es zieht jedoch klar definierte Grenzen, innerhalb deren die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung bleiben muss: Ausgeschlossen sind sowohl die staatliche Zwangswirtschaft als auch das liberalistische „Laissez-faire“. Das Grundgesetz verbietet diese beiden wirtschaftspolitischen Richtungen in mehreren Artikeln.

- Gegen völlige Liberalisierung und Rückzug aus der sozialen Verantwortung steht das Sozialstaatsprinzip mit der Formulierung von staatlicher Verantwortung für die Soziale Gerechtigkeit (Art. 20 „sozialer Bundesstaat“ und 28 „sozialer Rechtsstaat“)
- Gegen alle Formen der staatlichen Zwangswirtschaft steht die Fülle der Freiheitsrechte, wie z. B. das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2), die Berufsfreiheit (Art. 12) und die Garantie des Eigentums (Art. 14).

Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

04/19

Datum:

14.08.2019

Antragssteller:

AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger:

AWO- Sonderkonferenz 2019

Betreff:

**Änderungsantrag zu
Europa I**

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Einfügen ab Zeile 654

Wir stehen zu einer Kohäsionspolitik, die zu einer europaweiten Aufwärtskonvergenz führt. Hierbei machen wir uns stark für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer oder einer anderen EU-weiten erhobenen Steuer. Die dadurch generierten Mittel sollten zur Bekämpfung von Ungleichheit und für soziale Investitionen genutzt werden.

Dabei müssen europäische Förderprogramme auch inklusive Ansätze beinhalten. Die Zivilgesellschaft (ziviler Dialog) muss bei der Erstellung der Programme beteiligt werden und der Grundsatz des Partnerschaftsprinzips muss in allen europäischen Mitgliedstaaten gelebt werden.

Antragsbegründung:

In den europapolitischen Erwartungen der AWO für die Europawahl 2019 waren Kernforderungen: zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft in Europa, die Einführung eines verbindlichen, zivilen Dialoges (die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Konsultationen). Ferner war und ist die Forderung nach einer europäischen Aufwärtskonvergenz im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik ein Kernelement zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in Europa. Zur Finanzierung fordern wir eine EU-weite Steuer.

Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

05/19

Datum:

14.08.2019

Antragssteller:

AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger:

AWO- Sonderkonferenz 2019

Betreff:

**Änderungsantrag zu
Europa II**

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Einfügen ab Zeile 665

Jugendgarantie

Die Initiative einer europäischen Jugendgarantie muss dauerhaft umgesetzt werden, um langfristig allen Jugendlichen in Europa die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung zu garantieren.

Antragsbegründung:

Im Rahmen der Finanzkrise waren Süd- und Osteuropa besonders von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Deswegen fordern wir eine dauerhafte Zusage aller EU-Mitgliedstaaten zur Jugendgarantie.

Die Jugendgarantie gewährleistet, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein hochwertiges Angebot für

- eine Beschäftigung,
- eine Weiterbildungsmaßnahme,
- eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder
- ein Praktikum

erhalten.



Änderungsantrag
zum neuen
Grundsatzprogramm
der AWO Nr.:

06/19

Datum:

14.08.2019

Antragssteller:

AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

Antragsempfänger:

AWO- Sonderkonferenz 2019

Betreff:

Frauenhaus / Ergänzung Kapitel 8, ab Zeile 756

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Neu Einfügen ab Zeile 756

Frauenhaus

Durch Erreichbarkeit (rund um die Uhr) und Unterbringung im Frauenhaus wird Frauen und ihren Kindern Schutz vor männlicher Gewalt und Gewalt im häuslichen Bereich gegeben. In diesem geschützten Raum ist Zeit zur Krisenintervention, zur Überwindung bzw. Bewältigung der gewaltgeprägten Lebenssituation.

Hier können gemeinsam mit Frauen Informationen und Hilfen bei den notwendigen Aktivitäten zur sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Absicherung gegeben und erarbeitet werden. Ebenso erfolgt die Begleitung und Unterstützung bei der weiteren Lebensplanung für sich und ihre Kinder.

Antragsteller: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bremen e.V.

Adressat: Bundeskonferenz

Thema: Änderungsantrag zum Grundsatzprogramm

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Kapitel 2 Arbeit; Die Grundsicherung der Zukunft; Z. 457ff.

Hinzufügen des Absatzes:

Eine Grundsicherung der Zukunft bedeutet für uns auch, dass ein Grundsicherungskonzept stets den gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen Rechnung tragen muss. Unter diesem Maßstab diskutieren wir innerverbandlich Weiterentwicklungen und mögliche Alternativmodelle zum bestehenden Grundsicherungssystem und stoßen gesellschaftliche Debatten dazu an.

Begründung:

Das Grundsatzprogramm tritt mit dem Anspruch auf „sich der eigenen Grundwerte zu vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das Fortkommen der Gesellschaft.“ (Z. 76ff.)

Die Ausführungen unter „Die Grundsicherung der Zukunft“ suggerieren eine gewisse Akzeptanz des bestehenden Grundsicherungssystems, indem lediglich eine veränderte Ausgestaltung des Systems in den Jobcentern gefordert wird. Gerade mit Blick auf die zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen, die auch im Grundsatzprogramm anklingen, ist auch eine Diskussion von tatsächlichen Alternativen zum bestehenden System nötig. Unter diesem Punkt sollte daher zumindest die Intention einer innerverbandlichen Diskussion zu Alternativen des bestehenden Systems, zum Beispiel einem (bedingungslosen) Grundeinkommen, mit aufgenommen werden. Damit würde man sich auch vom bestehenden ALG2 System deutlicher abgrenzen.

Dies wäre umso wichtiger als das Grundsatzprogramm zum Teil Antworten schuldig bleibt, wie die darin formulierten Ansprüche: Umverteilung, Soziale Gerechtigkeit, Raum für Engagement, Herausforderungen der Digitalisierung, eine Sozialunion in Europa etc., konkret umgesetzt werden können. Untersuchungen des britischen Ökonomen Anthony B. Atkinson deuten beispielsweise darauf hin, dass ein Grundeinkommen (im konkreten Fall als Partizipationseinkommen) Reformen im Sozialversicherungssystem mit Blick auf die Verteilungswirkung überlegen ist. Auch in der deutschen Debatte, nimmt die Idee eines Grundeinkommens in verschiedener Ausgestaltung, immer mehr Raum ein, u.a. in anderen Wohlfahrtverbänden (z. Bsp. Diakonie).

Ein Grundsatzprogramm und eine Arbeiterwohlfahrt mit dem eingangs zitierten Anspruch sollte daher mindestens offen gegenüber echten Alternativen zum bestehenden Grundsicherungssystem sein und offensiv innerverbandlich und gesellschaftlich Debatten dazu anstoßen.

Thema: Grundsicherung der Zukunft

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, spätestens bis zur Bundeskonferenz 2020 ein auf unseren Grundwerten basierendes AWO Grundeinkommenskonzept zu erarbeiten und vorzulegen.

Begründung:

Die Arbeiterwohlfahrt streitet seit ihrer Gründung vor 100 Jahren aktiv für eine sozial gerechte Gesellschaft. Wie soziale Gerechtigkeit wirksam hergestellt werden kann, ist gesellschaftlich umstritten. Im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm wird allgemein auf Umverteilung verwiesen: „Um Ungerechtigkeit zu beenden braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen.“ (Z. 288ff.)

Angesichts der Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellt sich die Frage, ob Allgemeinforderungen zur Umverteilung und graduelle Veränderungen diesen gerecht werden und damit tatsächlich innerverbandliche und gesellschaftliche Debatten entfacht werden können. Insbesondere im Abschnitt zur „Grundsicherung der Zukunft“ zeigt sich im Grundsatzprogramm die Verankerung in aktuellen Strukturen und Lösungsansätzen.

Nach wie vor bleiben im Grundsatzprogramm echte Alternativen zum bestehenden Grundsicherungssystem unbeachtet. Dies wäre umso wichtiger als das Grundsatzprogramm zum Teil Antworten schuldig bleibt, wie die darin formulierten Ansprüche: Umverteilung, Soziale Gerechtigkeit, Raum für Engagement, Herausforderungen der Digitalisierung, eine Sozialunion in Europa etc., konkret umgesetzt werden können.

Ein Grundsatzprogramm und eine Arbeiterwohlfahrt mit dem eingangs zitierten Anspruch sollte daher mindestens offen gegenüber echten Alternativen zum bestehenden Grundsicherungssystem sein sowie offensiv innerverbandliche und gesellschaftliche Debatten dazu anstoßen.

Untersuchungen des britischen Ökonomen Anthony B. Atkinson deuten beispielsweise darauf hin, dass ein Grundeinkommen (im konkreten Fall als Partizipationseinkommen) Reformen im Sozialversicherungssystem mit Blick auf die Verteilungswirkung überlegen ist. Auch in der deutschen Debatte, nimmt die Idee eines Grundeinkommens in verschiedener Ausgestaltung, immer mehr Raum ein, u.a. in anderen Wohlfahrtsverbänden (z. Bsp. Diakonie). Gerade die Arbeiterwohlfahrt als Verband der, wie kein anderer, für soziale Gerechtigkeit einsteht, sollte sich aktiv an der Debatte zu einem Grundeinkommen beteiligen.

Unter dem Begriff „Grundeinkommen“ werden in der gesellschaftlichen Debatte mittlerweile zahlreiche Grundsicherungskonzepte aus verschiedenen ideologischen Traditionen subsumiert. Es sollte daher zunächst ein auf unseren Grundwerten basierendes AWO Grundeinkommenskonzept erarbeitet werden. Damit kann ein innerverbandlicher Prozess zur Diskussion von Alternativen zum bestehenden Grundsicherungssystem und den Herausforderungen der Zukunft angestoßen werden sowie AWO-eigene Expertise in die gesellschaftliche Debatte eingebracht werden.

Thema: Änderungsantrag zum Grundsatzprogramm

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Kapitel 6 Europa; Für mehr Demokratie; Z. 644ff.

Streichung des Satzes: Z. 645-646

Die starke Stellung des Europäischen Rates ist für uns nicht tragbar.

Änderung des Satzes: Z. 646f.

Es braucht ein starkes Europäisches Parlament, transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. (alt)

Es braucht eine weitere Demokratisierung der Europäischen Institutionen und Verfahren mit einem starken Europäisches Parlament, transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. (neu)

Begründung:

Unter dem Abschnitt „Für mehr Demokratie“ wird ein „starkes Europäisches Parlament“ gefordert und die „starke Stellung des europäischen Rates“ als „nicht tragbar“ bezeichnet. Die Forschung zu einem demokratischen Defizit der EU deutet auf eine äußerst komplexe Problemkonstellation hin. In dem Maße, wie ein starkes Parlament zur Forcierung der Demokratie gefordert wird, sollte zum Beispiel auch das Wahlverfahren dieses Parlaments unter demokratischen Gesichtspunkten auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn im Grundsatzprogramm „Mehr Demokratie“ für die EU gefordert wird, sollte daher die Komplexität des europäischen Institutionengefüges (Europäischer Rat, Kommission, Parlament) und der entsprechenden Verfahren beachtet werden. Vor diesem Hintergrund sollte eine grundsätzliche Demokratisierung der europäischen Institutionen und Verfahren angestrebt werden und nicht einzelne Organe ausschließlich isoliert betrachtet werden.

Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Hamburg e.V., 12.7.2019

An

Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt am 14.12.2019 in Berlin

Betrifft: Antrag zum Grundsatzprogramm

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Die „Einleitung“ des Grundsatzprogramms wird wie folgt neu gefasst:

Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt bestimmt den sozialpolitischen Standort des gesamten Verbandes und die Leitlinien unseres gemeinsamen Handelns. Tief verwurzelt in der Tradition der Arbeiterbewegung und der Geschichte ihrer sozialen Kämpfe muss die Arbeiterwohlfahrt auch in Zukunft den Anspruch auf soziale Sicherheit in einer solidarischen Gesellschaft formulieren und praktische Wege in Richtung auf das gemeinsame Ziel finden.

Das Grundsatzprogramm von 1998, das wir 2019 im hundertsten Jahr unseres Bestehens mit diesem Programm ablösen, hat in diesem Sinne dem Verband und der Politik wichtige Orientierungen geboten. Wir müssen aber heute feststellen, dass uns nicht nur sozialpolitische Fehlentscheidungen seither weit hinter den Ausgangspunkt zurückgeworfen haben.

Die Arbeitslosenversicherung wurde im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen der Gemeindefinanzreform als Säule der sozialen Absicherung vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes massiv entwertet. Drastische Beitragssenkungen zur Entlastung der Arbeitgeber haben die materielle Grundlage dieses Zweiges der Sozialversicherung nachhaltig geschwächt und empfindliche Anspruchskürzungen erzwungen. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung einer Sozialleistung, die als „Hartz IV“ zum Markenbegriff wurde, hat als System der millionenfachen Demütigung, Entrechtung und Verarmung die sozialen Sicherungssysteme und das Sozialstaatsgebot der Verfassung desavouiert. Die Beseitigung der „Zumutbarkeit“ bei Arbeitsgelegenheiten hat Berufsbiographien entwertet, die Ausweitung tarifloser Bereiche beschleunigt zur Etablierung des Niedriglohnsektors in Deutschland maßgeblich beigetragen, der sich durch die rechtliche Entgrenzung der Leiharbeit sprunghaft ausdehnen konnte. Es hat ein Jahrzehnt gedauert, bis endlich der Mindestlohn – auf völlig unzureichendem Niveau – eine gesetzliche Grundlage hatte.

Der Niedriglohnsektor hat sich im letzten Jahrzehnt zur massiven Bedrohung der Rentenversicherung, des wirtschaftlich bedeutendsten Zweiges der Sozialversicherungen und des wichtigsten Vermögenswertes der Arbeitnehmer, entwickelt. Altersarmut ist die zwingende Folge von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Darauf hat die Sozialpolitik bis heute keine Antwort. Die Beitragsbegrenzung, die als inhaltliches Ziel an die Stelle der Lebensstandardsicherung gesetzt wurde, hat mit der einseitigen Entlastung der Arbeitgeber zugleich für die Arbeitnehmer die Armut im Alter programmiert. Die Rentenversicherung wurde aber auch durch Teilprivatisierung zugunsten bestimmter Teile der Finanzwirtschaft (i.e. Riester-Rente u.a.) beschädigt.

Alle Formen kapitalgedeckter Altersvorsorge haben sich spätestens seit der Finanzkrise 2009 als interessengeleitete Irrwege auf Kosten der Allgemeinheit erwiesen.

Auch die gesetzliche Krankenversicherung leistet heute keinen umfassenden Schutz mehr vor den finanziellen Folgen gesundheitlicher Risiken. In den letzten Jahren hat der Gesundheitssektor eine beispiellose Welle der Privatisierung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen erlebt. Während die Leistungen für die Versicherten eingeschränkt werden, nehmen die Unternehmensgewinne privater Investoren im Gesundheits- und Pflegesektor dramatisch zu. Die Wiederherstellung der Beitragsparität im Jahre 2019 war ein wichtiger Erfolg, aber nicht mehr als die Rückgewinnung zuvor verlorenen Terrains.

Die Verantwortung für diese Entwicklungen trifft alle Parteien im Deutschen Bundestag, die seit 1998 an der Regierung beteiligt waren. Der in der Nachkriegszeit beispiellose Abbau der sozialen Sicherungssysteme, der die Risiken von Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit wieder zu einer alltäglichen Bedrohung der Bürger hat werden lassen und millionenfache Demütigung durch Armut in Kauf genommen hat, blieb nicht ohne politische Folgen. Er bereitete den sozialen Boden für die Wiederkehr von Nationalismus und gewalttätigem Rechtsextremismus in Deutschland.

Gemessen an den Prämissen und Aufträgen des Grundsatzprogramms von 1998 sehen wir uns heute größeren Widerständen und stärkeren Bedrohungen gegenüber als vor zwanzig Jahren. Die politischen und sozialen Organisationen, die sich in der Tradition der Arbeiterbewegung sehen, erleiden seit Jahren einen dramatischen Bedeutungsverlust. Dieser Entwicklung muss und wird die Arbeiterwohlfahrt aktiv begegnen.

Das neue Grundsatzprogramm weitet deshalb den Blick auf neue Themen und Schwerpunkte. Die sozialen Anliegen werden heute vielfach in neuer Gestalt, in anderer Tonart und ungewohnten Konstellationen vorgetragen. Die Arbeiterwohlfahrt findet dabei ihren Weg, auf dem sie sich von der Achtung der Würde eines jeden Menschen leiten lässt. Dies erfordert auch die Bereitschaft zum selbstkritischen Blick nach innen auf die Organisation und ihre Arbeit. Unsere Strukturen und Aktivitäten müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen ausrichten. Auf diesem Weg sucht die Arbeiterwohlfahrt auch die Gemeinsamkeit mit anderen Organisationen im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Stärke der Arbeiterwohlfahrt beruht auf sozialem Handeln im Geist der Solidarität. Wir achten jeden Menschen in seiner Individualität und Besonderheit, suchen das Eigene zu erkennen und dabei das Trennende zu überwinden im gemeinsamen Handeln. Das Grundsatzprogramm zeigt auf, wie wir uns in die Reihen derer stellen, die heute weltweit soziale und ökologische Bedrohungen zur Sprache bringen, sei es im internationalen Klima-Protest, dem Diversity-Movement aus den USA, derer, die sich um den Frieden in Europa sorgen oder die zunehmende politische Gewalt nicht hinnehmen wollen.

Das Grundsatzprogramm ist eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns gemeinsam in die Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls zu wirken. Es ist auch eine Einladung, die lebendige Diskussion fortzusetzen, die zu diesem Programm geführt hat.

Ergänzungs-, Formulierungs- bzw. Änderungszusammenfassung zum AWO Grundsatzprogramm der AG „Grundsatzprogramm“ im AWO Bezirksverband Hannover e.V. vom 30.04.2019

Kapitel	Version vom 23.11.2018	Anmerkung
	Zeile	
I.	148	Füge ein: „Toleranz erwächst in einer vielfältigen Gesellschaft...“
II.	173 f.	„Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit zurückzufallen“ ersetze durch „Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat schafft die Grundlage für eine menschliche Gesellschaft.“
II.	178	Einfügen: „Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt.“
II.	182	Einfügen: „Die AWO setzt sich für ein friedliches Miteinander ein und verurteilt jede Art von psychischer oder physischer Gewalt.“
VIII.	280	Einfügen: „Die AWO setzt sich für betriebliche Mitbestimmung ein und fordert und fördert ihre Mitarbeiter*innen auf, sich bei der Gestaltung der Arbeitsplätze und dem Arbeitsumfeld zu beteiligen. Die AWO lässt nicht nach, sich für Partizipation und Meinungsvielfalt einzusetzen und die Demokratisierung in allen Lebensbereichen weiter voran zu treiben.“
VI.		Neuer Textvorschlag für die Trennung des Kapitels zum Thema „Subsidiarität und Daseinsvorsorge“ in zwei Kapitel (Textvorschlag anbei)
VII.	399/ 400	Streiche: „Für Geringverdienende fordern wir vor allem Rentenfreibeträge in der Grundsicherung“ Diese Forderung ist tagespolitisch nicht mehr aktuell. Und ersetze: „Die AWO fordert eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, die die Lebensleistung der*des Einzelnen honoriert.“
VII.	438	Füge ein: „Digitales Arbeiten bedeutet partizipativ zu arbeiten und findet auf Augenhöhe statt. Die AWO muss sich fragen, welche Chancen und Herausforderungen bestehen für die Zielgruppen und Arbeitsfelder der AWO. Zugleich beinhaltet Digitalisierung Risiken sozialer Spaltung. Die AWO setzt sich zum Ziel die Digitalisierung sozial und teilhabeorientiert mitzugestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Digitalisierung zu stärken. Dazu muss die AWO in ihren Einrichtungen, Angeboten und Arbeitsweisen die digitalen Möglichkeiten kompetent, dienstleistungsorientiert und sicher nutzen. Keine Fachkraft in der Sozialwirtschaft darf ihren Arbeitsplatz verlieren. Digitalisierung wird als Unterstützung der Fachkräfte verstanden.“
VII.	469	Füge ein: „Das pädagogische Potenzial digitaler Medien muss für das Lernen nutzbar gemacht werden. Digitale Medien bieten die Chance, Inhalte multimedial aufzuarbeiten, neue Zugänge zu Lerninhalten zu ermöglichen und Informationen miteinander zu vernetzen. Lernende müssen gefördert werden, sich aber auch kritisch mit den digitalen Medien auseinander zu setzen und eine selbstständige Medienkompetenz zu entwickeln. Allen Lernenden muss ein Zugang

		zu den neuen Medien ermöglicht werden.“
VII.	672 ff.	Füge ein: „Soziale Dienstleistungen sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft, deshalb benötigen sie eine stabile und nachhaltige Finanzierung. Soziale Daseinsvorsorge muss über eine staatliche Beihilfe auskömmlich finanziert werden. Gleichzeitig stellt sich die AWO einem transparenten und fairen Wettbewerb zwischen den Anbietern. Die bürokratischen Hürden gilt es weiter abzubauen und Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.“
VII.	628	Füge ein: „ <u>Recht</u> extremismus, Antisemitismus, Islamophobie, religiöser Extremismus“
VII.	695	Streiche: „dauerhaft“
VII.	731	Füge ein: Das Kapitel 10 Kindheit und Jugend“ (Zeile 836-911)
VII.	Vor 749	Füge ein: „Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist eine gesellschaftliche Aufgabe“
VII.	766	Füge ein: „und das Recht auf uneingeschränkte und freie Aufklärung und Information dazu.“
VII.	1059	<p>Füge ein: „Die Ressourcen auf der Erde sind begrenzt. Die Menschheit verbraucht derzeit mehr an Energie und von den Rohstoffen, die uns für den gleichen Zeitraum durch den Planeten, also nachhaltig, zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch schädigen wir die Zukunft aller Lebewesen auf unserem Planeten. Damit gehen nicht nur wertvolle natürliche Rohstoffe und Ressourcen für immer verloren, die Menschheit beraubt sich selbst und ihren Kindern auch der Möglichkeit einer vielfältigen Zukunftsperspektive.</p> <p>Klimaveränderungen und die daraus resultierenden Dürren und Versteppung, Überschwemmungen und eine Zunahme der Stürme sind nur eine Folge dieser negativen Bilanz.</p> <p>Wir bekennen uns zu einer gerechten und gleichen Kapitalverteilung und zu einem wertgebundenen Wirtschaftssystem, das allen sozialen und ökologischen Verwerfungen vorbeugt. Wir bekennen uns zu einer Energie und Rohstoffwende und zu einer nachhaltigen Nutzung der vielfältigen, erneuerbaren Ressourcen und Energiequellen unseres Planeten. Das gilt sowohl im konkreten Handeln in unseren sozialen Diensten und Einrichtungen als auch in der sozialpolitischen Arbeit unseres Verbandes.</p> <p>Von dem jetzigen Wirtschaftssystem profitieren nur die Menschen in einigen technologisch weit entwickelten, reichen Staaten. Der Reichtum in den Industrieländern geht derzeit oft zu Lasten der Menschen, die in den ärmeren, nicht so gut entwickelten Ländern leben.</p> <p>Vielerorts werden die elementaren Grundrechte der Menschen verletzt, damit Rohstoffe weiter abgebaut werden können. Vielen Menschen wird das Recht auf gesunde Nahrung, der Zugang zu Trinkwasser, Rohstoffen, Energie und Wohnraum eingeschränkt. Armut, Hunger und Kriege werden bewusst in Kauf genommen. Die Folgen einer rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Rohstoffe und einer niedrigen Ertragswirtschaft in der Nahrungsmittelproduktion sind letztlich Hunger, Armut, Kriege, Flucht und Vertreibung. Der Kampf um die verbliebenen Rohstoffe führt weltweit nicht selten zu Neokolonialismus und schon heute werden erbitterte Kriege um Rohstoffe, Lebensraum und Wasser geführt. Der Klimawandel, Umweltschutz und eine faire Verteilung der Ressourcen gehen uns</p>

		alle an und gerade auch als Wohlfahrtsverband in Deutschland sind wir unmittelbar von den Auswirkungen dieser globalen Veränderungen betroffen. “
VIII.	1105	<p>Füge ein: „Die AWO handelt auf Grundlage ihrer Werteorientierung. Die AWO muss sich als Arbeitgeber und Anbieter von sozialen Dienstleistungen an diesen Werten messen lassen. Die Umsetzung der Werteorientierung ist für die Glaubwürdigkeit von Bedeutung. Die unternehmerischen Tätigkeiten müssen sich am Leitbild sowie den Werten der AWO orientieren.</p> <p>Die AWO setzt sich in all ihren Einrichtungen für ein demokratisches Miteinander und eine Mitbestimmung der Mitarbeiter*innen ein. Die AWO fordert bessere Rahmenbedingungen für soziale Arbeit und eine höhere Anerkennung der sozialen Berufe. Die AWO gestaltet, fördert und pflegt die Beziehungen zu ihrem sozialen Umfeld. Haupt- und ehrenamtliche Arbeit ergänzen sich und profitieren von einander. Das vielfältige Engagement verdient eine größtmögliche Wertschätzung. “</p>
		Das Thema „Daseinsvorsorge“ wurde in einem Extrakapitel neu formuliert und liegt bei.
		Ein neuer Textvorschlag zur Subsidiarität wird anliegend beigefügt.

Kapitel-Nr. neu Daseinsvorsorge

Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir sind Mitbegründerin des deutschen Sozialstaats und sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Für uns ist eindeutig: Der Staat trägt die Verantwortung. Wir übernehmen unsere Rolle als Motor für innovative soziale Dienstleistungen und entwickeln die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit weiter.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote und Dienstleistungen.

Handlungsfähige Kommunen sind die entscheidende Voraussetzung, um den Bedürfnissen und Lebensläufen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Bund sowie Länder müssen verstärkt Verantwortung und Kosten für sozialstaatliche Leistungen übernehmen.

Genauso sind Koordination, zielorientiertes Management und eine offene Netzwerkstrategie zur passgenauen Steuerung in der Kommune notwendig.

VII. Subsidiarität

***Wir bieten zuverlässig, soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an.
Der Staat ist für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verantwortlich.***

Nach Artikel 23 des Grundgesetzes, in den Maastrichter Verträgen von 1992 sowie in Artikel 5 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV ehemaliger EG-Vertrag) ist die Subsidiarität als Staatsprinzip in der Bundesrepublik Deutschland fest verankert. Vor diesem Hintergrund und aus dem Erbe der geschichtlichen Entwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus heraus, bekennen wir uns zum Subsidiaritätsprinzip in der Bundesrepublik Deutschland. Hilfe zur Selbsthilfe ist dabei unser Handlungsprinzip.

Die jeweils größere gesellschaftliche oder staatliche Einheit soll nur dann tätig werden, wenn dieses geboten ist weil eine kleinere Einheit dazu nicht in der Lage ist. Staatliches Handeln hat die selbstständigen Organisationen und Verbände bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in geeigneter und angemessener Weise zu unterstützen und zu fördern. Der Staat darf hiernach keine Aufgaben anstreben oder übernehmen, die in gleichwertiger, geeigneter Weise durch selbstständige Organisationen oder Verbände genauso geleistet werden könnten.

Der Wert der Subsidiarität für die Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern. Der Staat braucht dafür starke Partner im Sozialraum. Wir sind Mitbegründer des deutschen Sozialstaats und sehen die zentrale Aufgabe sozialen Handelns darin, allen Menschen selbstbestimmt eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Als gemeinnützige und unabhängige Organisation arbeiten wir nicht für die Rendite von Investoren, aber wir stehen für ein vernünftiges Maß an Wirtschaftlichkeit und arbeiten demokratisch legitimiert und im Sinne der Nachhaltigkeit. Hierfür erwarten wir von allen Ebenen staatlichen Handelns angemessene Rahmenbedingungen, Wertschätzung und Unterstützung. Bund, Länder und Kommunen müssen die Verantwortung und Kosten für

sozialstaatliche Leistungen übernehmen und die hierfür entstehenden Kosten bei den Wohlfahrtsverbänden vollständig tragen.

Die voranschreitende Deregulierung und zunehmend marktwirtschaftlichen Entscheidungsprinzipien für soziale Dienstleistungen und Hilfsangebote gefährden die Werte der Subsidiarität und die Besonderheiten der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Marktwirtschaftliches Denken und Handeln in der Sozialen Arbeit, in der Bildung und in der Pflege oder bei der Gesundheitsversorgung darf nicht dazu führen, dass um offensichtlich lukrative sozialwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche ein Wettbewerb zwischen gewinnorientierten gewerblichen Anbietern, den gemeinnützigen freien Vereinen und den Verbänden der freien Wohlfahrt und gar mit den Angeboten der öffentlichen Hand entsteht. Gewinnorientierte Unternehmen werden sonst die vermeintlich attraktiven Bereiche besetzen und schwierige, unwirtschaftliche und problematische Aufgabenfelder den Organisationen überlassen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen.

Wir verstehen unsere Rolle im Sozialstaat auch als Frühwarnsystem über die soziale Lage in der Bundesrepublik und Europa. Wir weisen auf Probleme hin, geben fundierte Auskunft und schlagen Verbesserungen vor. Wir nehmen Einfluss auf die Gesetzgebung, ergreifen Partei für die sozialen Belange der Menschen und kämpfen für einklagbare soziale Rechte. Vor Ort handeln wir im Sinne des Gemeinwohls und arbeiten mit Kostenträgern auf Grundlage von Verträgen zusammen. Unser Selbstbestimmungsrecht und unsere Meinungsfreiheit dürfen weder durch staatliche Zuwendungen, noch durch die finanzielle oder vertragliche Abhängigkeit von Geldgebern eingeschränkt werden.

Für den Erhalt und Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaates werden wir in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen.

Anträge aus dem Bezirksverband Mittelrhein

Anlage

Anmerkungen und Änderungsvorschläge zum Entwurf des Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt

Ergänzungen und Streichungen sind im Text „rot“ gekennzeichnet.

- Zeile 125** Der Staat, **und damit wir alle**, ist verpflichtet allen Menschen ein Leben in Würde und ohne Armut zu sichern.
- Zeile 149** Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse **und weltanschauliche** Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, ...
- Zeile 166** **Wir bestärken den Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen.**
- Zeile 202** Deshalb wollen wir **Menschen** für uns begeistern und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.
- Zeile 213** ...unsere Grundwerte leben und **auf** die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt **Einfluss nehmen können.**
- Zeile 230** Wir kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. **und ihre Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen.**
- Zeile 238** **Unsere** Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. **Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort.** Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit abzuschaffen. **Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort.**
- Zeile 252** Die **Arbeiterwohlfahrt** ist ein Ort, ...
- Zeile 256** Um eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, **ist für uns das Prinzip der Inklusion handlungsleitend.**
- Zeile 285** Wir betonen die **besondere** Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entsteht.
- Zeile 305** Als Anwältin der Betroffenen und auf der Basis eigener wissenschaftlicher Erkenntnisse nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und erstreiten soziale Rechte. **Wir geben fundiert Auskunft über die soziale Lage in Deutschland und Europa.**
- Zeile 1094** Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk, das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht und verwalten unsere Finanzen **verantwortungsbewusst.**
- Zeile 1111** **Wir achten und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie die Gesundheit unserer Mitarbeitenden.**
- Zeile 1133** Unsere Entscheidungen über Gehälter von **hauptamtlichen Vorständen** und Geschäftsführer*innen werden transparent getroffen.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antragsteller: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Antrags-Nr.:

Thema: I. Leitsatz:

**Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein.
Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus**

Thema: II. Leitsatz: bestimmen unser Handeln.

Antragsteller: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 140:

Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise **für kommende Generationen und zum Wohl der Natur zum Wohl der Natur und für kommende Generationen** nachhaltig zu gestalten.

Begründung:

Redaktionelle Änderung.

Antrags-Nr.:

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Ergänzung ab Z. 182:

Wir wollen eine chancengerechte Gesellschaft, in der jede*r Zugang zu der notwendigen Technologie hat, die Teilhabe ermöglicht. Dazu wollen wir digitale Kompetenzen vermitteln. Es geht neben der technischen Anwendung vor allem auch um emotionale und soziale Fähigkeiten, die unverzichtbar für Lernen und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft sind. Es wird darauf ankommen, dass digitale Kompetenzen über alle Schichten, Altersgruppen und Berufsfelder hinweg erlernt werden können.

Begründung:

Digitalisierung ist eines der Themen des 21. Jahrhunderts – deswegen bedarf es unseres Erachtens nach einer Positionierung an prominenter Stelle.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antrags-Nr.:

Thema: VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Zeile 349:

An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende, ~~und~~ Engagierte ~~und Mitglieder~~.

Ergänzung ab Zeile 370:

Vorhandene Fachlichkeit und innovative Ideen der Mitgliedschaft verstehen wir als Potential zur Entwicklung der Organisation und des Verbandes.

Begründung:

Die AWO ist ein Verband, der auch und gerade von Mitgliedern getragen wird. Dies wird in dem Leitsatz, der dem Kapitel vorangestellt ist, auch deutlich. Um diesem Umstand auch im Fließtext unter dem Leitsatz Rechnung zu tragen, soll dies noch einmal aufgegriffen werden.

Antrags-Nr.:

Thema: Kap. VII. 2 Arbeit, Digitalisierung einbetten und Regelwerke bindend machen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 432 ff:

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen ~~wie einer ständigen Erreichbarkeit~~ führen. ~~Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit und Leben.~~ Wo Arbeit beispielsweise über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und Absicherung zum Schutz ~~neuer Erwerbsformen~~ der Menschen. Hierbei gilt: Es müssen die gleichen gesetzlichen Regelungen für alle Formen von Arbeit gelten. Der Nutzen für den Einzelnen und die Gesellschaft soll dabei im Vordergrund stehen und muss mit den möglichen Risiken abgewogen werden. Wir müssen lernen, die Möglichkeiten digitaler Technologien nicht nur aus dem Blickwinkel des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu sehen, sondern als Werkzeug zu einem guten Gesellschaftsmodell.

Begründung:

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Die Betrachtung der Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Arbeitswelt sollte nicht zu einseitig negativ betrachtet werden, aber trotzdem realistisch und zukunftsweisend. Gerade da das Grundsatzprogramm eine lange Halbwertszeit haben soll, sollte man möglichst viele Aspekte mit einbeziehen.

Antrags-Nr.:

Thema: VII.2 Arbeit

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Ergänzung ab Z. 438ff:

Digitale Teilhabe

Die Grundvoraussetzung für digitale Teilhabe ist die technische Ausstattung. Mangelt es dem einzelnen an Anschluss, Netz, Endgerät und Software findet eine Exklusion der Menschen statt – die vollständige Teilhabe aller Menschen wird nicht umgesetzt. Dies ist nicht nur für den einzelnen eine Gerechtigkeitslücke, sondern birgt für ohnehin schon oft benachteiligte Gruppen zusätzliche Ausschlüsse. Der Faktor Zeit verschärft das Problem: Wer heute ausgeschlossen ist, läuft Gefahr den Anschluss in der Zukunft zu verlieren.

Die Digitalisierung verändert Innovationen. Häufig bilden Daten die Grundlage für digitale Prozesse. Gut aufbereitete Daten schaffen Transparenz und Vertrauen – allerdings nur für jene, die Zugriff haben und mit Daten umzugehen wissen. Entsprechend sind die gemeinwohlorientierte Nutzung und Bereitstellung von Daten und Algorithmen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie müssen transparent und auf den Werten der Gesellschaft operieren. Diese im Hintergrund automatisch operierenden Abläufe unterliegen dabei den gleichen Anforderungen wie real stattfindende Prozesse.

Das große Ganze darf im Prozess der Digitalisierung nicht aus den Augen verloren werden. Wir wollen eigene Visionen gestalten, Diskursräume ermöglichen, technologische Entwicklungen abwägen und unsere Positionen politisch und digital einbringen.

Begründung:

Digitalisierung ist nicht schwarz, ist nicht weiß. Vielmehr erfordert der Prozess aufgrund der simultanen Chancen und Risiken einen gesellschaftlichen Diskurs – innerhalb der Zivilgesellschaft, innerhalb der Arbeiterwohlfahrt, aber auch mit Politik und Öffentlichkeit.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antrags-Nr.:

Thema: VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden

Kapitel VII.4, Zeilen 528-537: Bürgerschaftliches Engagement

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Einfügung ab Zeile 532:

Wir respektieren unsere Mitglieder als Unterstützer unseres Verbandes. Diese Unterstützung geschieht einerseits finanziell durch den Mitgliedsbeitrag, aber auch durch das Bekenntnis zu den Werten unseres Verbandes. Für einzelne Menschen kann die reine Mitgliedschaft eine Möglichkeit sein, ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Gemeinwohl zu leisten.

Begründung:

Der Aspekt, dass jemand „nur“ zahlendes Mitglied sein möchte, fehlt in der bisherigen Aufzählung. Wir sind aber der Auffassung, dass dies auch seine Berechtigung hat.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 7 Familien, Sorgearbeit braucht gute Rahmenbedingungen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 725 f:

~~Das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu Familie und Geschlechterrollen wandelt sich. Die Geschlechterrollen flexibilisieren sich zusehends, sodass Frauen und Männer geänderte Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellen.~~

Begründung:

Der Satz im Programmentwurf war missverständlich.

Antrags-Nr.:

Thema: VII.8 Gleichstellung und Frauenpolitik

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 734f

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Sie ist erst erreicht, wenn alle Menschen frei sind, ihre Lebensentwürfe unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Identität **und Orientierung** zu verwirklichen.

Begründung:

Hier wird eine Erweiterung des Begriffes verfolgt.

Antrags-Nr.:

Thema: VII.8 Gleichstellung und Frauenpolitik, Finanzielle Selbstbestimmung von Frauen stärken

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 742ff

Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht. Wir setzen uns für Lohngerechtigkeit ein, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Qualifikation ~~abbaut~~ **aufhebt**.

Begründung:

Letztendlich sollte das Ziel der AWO die Aufhebung des Lohnunterschiedes sein.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 10 Kindheit und Jugend

Antragsteller: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Einfügung in Z. 842:

Die Teilhabe und Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen ist zu fördern. **Kinder und Jugendliche, die unter prekären Bedingungen aufwachsen, genießen unseren besonderen Schutz.** Familiäres Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich in einem demokratischen Gemeinwesen wechselseitig.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Begründung:

Es fehlt der ausdrückliche Hinweis in dem Absatz, dass sich die AWO verpflichtet sieht, sich insbesondere für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche einzusetzen. Dementsprechend soll der vorliegende Satz eingefügt werden.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 10 Kindheit und Jugend, Gesundheitsförderung

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 881

Änderung der Unterkapitelüberschrift von „Gesundheitsförderung“ in „Aufwachsen in Wohlergehen“

Begründung:

Redaktionelle Änderung/Übernahme der Formulierung aus dem Fließtext unter der Unterüberschrift.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 11 Menschen in besonderen Lebenslagen, Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 921 ff

Wir machen auf die sozialen Auswirkungen von Überschuldung aufmerksam, die Wohnungen, Arbeitsplätze und Beziehungen gefährdet, **sowie die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in überschuldeten Haushalten massiv einschränkt. Wir beraten Menschen über ihre Rechte und Pflichten mit dem Ziel**, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu schaffen.

Begründung:

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Die Ergänzung bezieht sich auf Kinder und Jugendliche in von Überschuldung betroffenen Haushalten, die in der Regel (insb. in den gängigen Statistiken zur Überschuldung wie z.B. dem Schuldenatlas) nicht angemessen berücksichtigt werden, jedoch massiv unter den Folgen leiden.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 11 Menschen in besonderen Lebenslagen, Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Ergänzung ab Z. 924:

Wir setzen uns für einen freien Zugang zu unabhängigen, kostenlosen und sozialen Schuldnerberatungsangeboten für alle Personen ein, ungeachtet ihrer aktuellen Einkommenssituation.

Begründung:

Die Ergänzung bezieht sich auf die Zugangsmöglichkeiten zur Schuldnerberatung. Bei diesem Passus orientieren wir uns an der Forderung der AG Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV), die einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung fordert.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 953 f

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zur Inklusion ist hierfür konsequent ~~in der Bundesrepublik~~ zu verwirklichen.

Begründung:

Sie ist überall dort, wo sie ratifiziert ist, zu verwirklichen.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 954ff

Behinderungen sind für uns keine Eigenschaft einzelner Menschen, sondern entstehen in Wechselwirkung von individuellen, körperlichen, geistigen, seelischen oder **Sinnesmerkmalenbeeinträchtigungen** mit gesellschaftlich **produzierten** Barrieren.

Begründung:

Der Begriff Merkmal ist positiver konnotiert als Beeinträchtigung. Die Barrieren innerhalb der Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen sind „künstlich“ produziert. Dies soll mit der Einfügung verdeutlicht werden.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen, Selbstbestimmt arbeiten

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 964ff

~~Wir wollen eine Gesellschaft, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen schafft, insbesondere von Frauen mit Behinderungen.~~
Wir wollen eine Gesellschaft, in der die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen die Regel und nicht die Ausnahme ist. Dies gilt insbesondere für Frauen mit Behinderung.

Begründung:

Verdeutlichung der Forderung.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen, Aktiv mitbestimmen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 972f

Menschen mit Behinderungen müssen **zukünftig** das politische Handeln auf allen föderalen Ebenen mitgestalten können und geeignete Räume des Engagements vorfinden.

Begründung:

Menschen mit Behinderung sollen auch heute schon das politische Handeln mitbestimmen können.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen, Aktiv mitbestimmen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 973f

Das Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ muss uneingeschränkt **für alle Teile der Gesellschaft** gelten.

Begründung:

Verdeutlichung der Forderung.

**Antrag an die Sonderkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Grundsatzprogramm
am 14.12.19 in Berlin**

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen, Aktiv mitbestimmen

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Z. 976f

Im Engagement müssen Möglichkeiten der Mitarbeit und Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen **und dauerhaft vorgehalten** werden.

Begründung:

Mit dieser Ergänzung wird auf die Notwendigkeit der Verstärkung der Angebote hingewiesen.

Antrags-Nr.:

Thema: VII. 12 Menschen mit Behinderungen, Selbstbestimmte Teilhabe vor Ort

Antragsteller: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Die Sonderkonferenz möge beschließen:

Ergänzung des Absatzes ab Z. 985:

Sie erhalten dafür die uneingeschränkte Unterstützung. Der Rechtsanspruch der dafür notwendigen Leistungen ist unabhängig von Ursache, Art und Schwere der Behinderung zu gewähren.

Begründung:

Der ergänzte Satz stand in der bisherigen Fassung des Grundsatzprogramms und hat immer noch Bestand.

Arbeiterwohlfahrt Sonderkonferenz 2019
14.09.2019 in Berlin

Antrags-Nr.: 1

Thema: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Bezirksverband Rheinland

Redaktionelle Änderungsvorschläge

Zu Zeile:

64- Die Zukunft ist **offen...**

76- Das Programm **dient dazu,**

124- Ungleichheiten **beseitigen...**

145- Der Staat muss durch Recht Solidarität bindend machen.

612- „Flüchtlingspolitik“ ersetzen durch „Gesetz für Geflüchtete“

620 + 627- das Wort „Einwanderungsgesellschaft“ gegen „Gesellschaft“ austauschen, da im ersten Satz bereits der Begriff „Einwanderungsland“ verwendet wird.

766- das Wort „Abtreibung“ gegen „Schwangerschaftsabbruch“ ersetzen

849- Streichung: „.....für Kinder und Jugendliche einzuführen“

Inhaltliche Änderungsvorschläge

Zu Zeile:

89- **„Flüchtlinge“ gegen „Geflüchtete“ austauschen**

127-**„Unterdrückung“** als zusätzlichen Begriff mit aufführen

177- Ergänzung weiterer Satz: „Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen wir uns aktiv entgegen.“

219- das Wort **„bestmöglich“** streichen

271- das Wort **„verändern“** austauschen gegen **„überwinden“**

362- Satz ergänzen bzw. ändern: Die Einstellung, die Bezahlung, Förderung und Aufstiegsmöglichkeiten erfolgen unabhängig vom Geschlecht.

394- ab dieser Zeile bitte ergänzen:

Zur weiteren Finanzierung der Altersrenten ist von den Betrieben eine Abgabe zu leisten, die sich an der „Wertschöpfung“ der einzelnen Unternehmen orientiert.

Grundlage ist der Umsatz eines Unternehmens im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl und der Lohnsumme.

Begründung:

Arbeiterwohlfahrt Sonderkonferenz 2019
14.09.2019 in Berlin

Die derzeitige beitragsbasierte Rentenversicherung entbindet lässt Unternehmen, die Personal aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung abbauen, aus der gesellschaftlichen Verpflichtung.

Eine Wertschöpfungsabgabe, die sich am betriebswirtschaftlichen Erfolg orientiert schafft auch einen Ausgleich zwischen beschäftigungsintensiven Betrieben, wie Handwerksbetrieben, die immer personalintensiv tätig sind und anderen, die aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung, weniger Menschen beschäftigen.

Die alleinige Heranziehung des Faktors Arbeit ist ungerecht, weil die Arbeitnehmer*innen mit ihrer Arbeitsleistung erst die Basis für Investitionen schaffen.

Die AWO-Bundeskonferenz hat dies überdies in ihrem Leitantrag „Soziales“ beschlossen.

691- im Anschluss an diesen Satz ein neuer Absatz:

Überschrift: „Für ein offenes Europa“

Europa ist ein Ort des Friedens und des Wohlstandes. Hieraus entsteht eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die von Krieg, Hunger und Verfolgung bedroht sind. Besonders weil unser Wohlstand oft zu ihren Lasten besteht. Europa darf sich nicht gegenüber Menschen auf der Flucht abschotten. Ein solidarischer Umgang und eine Unterstützung dieser Menschen muss auf europäischer Ebene organisiert werden. Kein Mitgliedsstaat der Europäischen Union darf sich dieser Verantwortung entziehen. Die private Seenotrettung muss unterstützt und nicht blockiert, verhindert oder kriminalisiert werden. Offene Fluchtwege nach Europa sind zu schaffen.

718- Überschrift austauschen: Zeit für Familie

747- Im Anschluss ergänzen: Die strukturell schlechtere Bezahlung von Berufen, die traditionell mehrheitlich von Frauen ergriffen werden, ist zu beseitigen.

839-841: Streichung des Satzes

925- Überschrift ändern in **„Straffälligen sowie Opferhilfe.“**

931- einzufügen ab dieser Zeile:

Neben den Straffälligen sind auch die Opfer zu unterstützen. Durch eine Straftat verlieren oft die Opfer ihre Gesundheit und somit auch ihre Lebensgrundlage. Bei dem mühevollen Weg durch die Instanzen sind sie oft auf sich alleine gestellt. Hier sind Hilfen über das normale Maß der sozialen Absicherung notwendig.

Begründung:

Wer Opfer einer Straftat wird, steht oft mit seinen Sorgen, Nöten und Ängsten alleine da.

Der materielle Schaden ist oft das Geringste. – Die psychischen Belastungen werden von der Gesellschaft nicht beachtet. Die Opfer müssen sich durch den Dschungel der Gesetze und der Behörden alleine kämpfen.

Auch hier ist oft eine mühsame Eingliederung in die Gesellschaft und ins Arbeitsleben notwendig.

Arbeiterwohlfahrt Sonderkonferenz 2019
14.09.2019 in Berlin

1022: Im Anschluss ergänzen: „Angehörige, die Pflegeaufgaben übernehmen, sind angemessen zu entlohnen“.

1111: einfügen: „Kein Arbeitsverhältnis mit der AWO soll ohne Anbindung an einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen werden.“

Weiterleitung an: - AWO-Sonderkonferenz 2019

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Sachsen e.V.



BESCHLUSS 7/066

Thema: Änderungsantrag zum neuen Grundsatzprogramm II

Der Landesvorstand beschließt in seiner Sitzung am 19.08.2019:

Der AWO Landesverband Sachsen stellt beim AWO Bundesverband folgenden Antrag zur Änderung des neuen Grundsatzprogrammes:

Zeile 133

„... Gleichstellung aller Geschlechter...“ wird ersetzt durch:

„... Gleichstellung aller Menschen...“

Abstimmergebnis: 6/0/0

Annahme

Margit Weihnert
Vorsitzende

Dresden, 19.08.2019



TOP Nr. 7

Änderungsantrag zur Erweiterung der Definition von „Menschen mit Behinderung“

Sachstand

Frau Hannesen-Pöhls, Delegierte des Kreisverbandes Plön, brachte in die Diskussion zum neuen Entwurf des AWO Grundsatzprogramms auf der außerordentlichen Landeskonferenz am 11. Mai 2019 ein, dass im Grundsatzprogramm nicht klar genug benannt wird, welche Personengruppen als „Menschen mit Behinderung“ definiert werden. Aus ihrer persönlichen Erfahrung lässt dies zu, dass der Fokus vor allem auf Körperbehinderungen liegt. Ihrer Ansicht nach ist jedoch auch eine Suchterkrankung oder eine psychische Beeinträchtigung eine Behinderung. Deshalb wünscht sie sich eine Erweiterung der Definition, damit Leser*innen sensibel für die unterschiedlichen Ausprägungen von Behinderungen werden und die AWO damit verdeutlicht, dass sie sich für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen bzw. Suchterkrankungen ebenso verantwortlich fühlt, was sich in ihren Arbeitsschwerpunkten bereits zeigt.

Beschluss-/Verfahrensvorschlag

Der Landesvorstand bringt für die Sonderkonferenz des AWO Bundesverbandes zum Beschluss des neuen Grundsatzprogramms einen Änderungsantrag zur Erweiterung der Definition von „Menschen mit Behinderungen“ ein, der neben körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen auch psychische Beeinträchtigungen benennt.

25.06.2019 / gez. ot

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Die Konferenz möge beschließen:

S.3 Z.82-99:

Einleitung

~~„Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Bundespolitik bestimmt, die viele Menschen bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 hat das Vertrauen in die politischen Eliten erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Flüchtlingssituation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und extremist*innen, die in Europa und Deutschland auf dem Vormarsch sind, die geliebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die den Einzelnen achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.“~~

Aktuelle Ausprägungen des globalen Kapitalismus gefährden das Sozialstaatsversprechen in westlichen Demokratien auf Schutz vor Armut und Chance auf Aufstieg, und damit tendenziell das demokratische Gemeinwesen und damit die von der AWO als Modell favorisierte staatliche Verfasstheit.

Regionen in den Zentren und außerhalb der Zentren werden zunehmend sozial und gesellschaftlich abgehängt. Die Anfang des Jahrtausends propagierte Selbstverantwortung liberaler Ausprägung führt vermehrt zu sozialem Unfrieden. Grundlegende Dinge des modernen Lebens und der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Bildung, Gesundheit wurden Marktmechanismen unterworfen und wurden für viele Menschen immer rarer.

Das Aufstiegsversprechen der so genannten Sozialen Marktwirtschaft gilt kaum mehr. Die Ver-

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

teilung der Güter wird mehr und mehr, in einem global fast unerreichten Ausmaß, ungleicher. Können, Kreativität und Fleiß sind keine Aufstiegsgaranten in sicheren Rahmenbedingungen mehr. Gleichzeitig verlieh wachsender Reichtum den Eliten und ihren Vertreter*innen Unangreifbarkeit und vermehrt politische Gestaltungsmöglichkeiten. Der Kapitalismus ist entgleist. Das Vertrauen in die politischen Institutionen, in das Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und die Werte des westlichen Humanismus sind in der Erosion begriffen.

Die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa sowie das weitgehend unkoordinierte Ankommen der Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Afrika hat für viele Menschen dazu geführt, diesen aufwachsenden Vertrauensverlust verbal und demonstrativ auszudrücken. Wir brauchen deshalb eine neue Sozialstaatlichkeit und einen umfassenden Schutz vor individuellen Krisen der Menschen in allen Lebenslagen und Regionen des Landes. Der Geist einer realen ökologisch sozialen Marktwirtschaft zieht sich daher durch dieses Grundsatzprogramm und sollte Wesensmerkmal neuer Sozialstaatlichkeit sein, die wir als AWO einfordern und leben.

Begründung:

Die Darstellung der gesellschaftlichen Situation sollte klar die derzeitigen krisenhaften Phänomene darstellen und die Handlungsnotwendigkeit deutlich hervorheben.

S. 5, Z. 132-135:

„**Gleichheit** gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung. Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen *teilzunehmen mitzuwirken* und sozial abgesichert zu sein.“

Begründung:

Im Sinne gelebter Partizipation sollte Gleichheit nicht nur Teilnahme sondern mindestens Mitwirkung bedeuten. Deshalb soll „teilzunehmen“ durch „mitzuwirken“ ersetzt werden.

S. 5, Z. 148-153:

„**Toleranz Akzeptanz** erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Akzeptanz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.“

Begründung:

Die Definition des AWO-Wertes „Toleranz“ ist viel mehr eine Definition des Begriffs „Akzept-

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.

Entwurf Grundsatzprogramm: Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

tanz“. Ursprünglich stammt „Toleranz“ aus dem Lateinischen „tolerare“ für „erdulden“. Noch heute wird mit dem Begriff eine Hierarchie konstruiert und generiert dadurch ein Machtverhältnis. Im Gegensatz dazu drückt der Begriff „Akzeptanz“ ein Miteinander auf Augenhöhe aus.

Toleranz basiert auf einem Wertesystem. Haltungen oder Meinungen, die nicht mit diesem Wertesystem konform gehen, werden geduldet bzw. toleriert. Die AWO toleriert jedoch keine Haltungen oder Meinungen, die nicht ihrem Wertesystem entsprechen, wie etwa Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie.

Akzeptanz steht für ein pluralistisches Wertesystem, in dem unterschiedliche Haltungen oder Meinungen gleichberechtigt anerkannt werden, solange sie den Werten entsprechen. Eine Hierarchisierung findet dabei nicht statt.

Warum sprechen wir also immer noch von „Toleranz“, wenn wir eigentlich „Akzeptanz“ meinen?

S. 6, Z. 161-163:

„II Mensch und Gesellschaft

Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen *aus individuellen Notlagen befreien aus Notlagen heraushelfen.*“

Begründung:

Der Begriff „befreien“ generiert ein Machtverhältnis, das die AWO in die Position eines punktuellen Befreienden rückt. Die AWO folgt jedoch dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe und versteht ihren Auftrag darin, Menschen langfristig zu stärken, zu begleiten und zu unterstützen. Es gibt Notlagen, die nicht individuell sind, sondern aus gesellschaftlicher Benachteiligung entstehen. Deshalb soll „aus individuellen Notlagen befreien“ durch „aus Notlagen heraus zu helfen“ ersetzt werden.

S. 6, Z. 223-224:

„V Vision für unsere Gesellschaft in Vielfalt

Unser Ziel ist es, allen die materielle Grundlage *und Bildung* für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Anerkennung aller Menschen in ihrer Vielfalt zu fördern.“

Begründung:

Ziel ist es, nicht nur eine materielle Grundlage zu sichern, sondern auch Bildung zu ermöglichen. Entsprechend soll „materielle Grundlage“ durch „und Bildung“ ergänzt werden.

S. 7, Z. 214:

„III Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft

Wir stehen für *Gute Arbeit gute Arbeitsbedingungen (bspw. Betriebliche Mitbestimmung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und tarifliche Bezahlung)* auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.“

Begründung:

Der Begriff „Gute Arbeit“ ist nicht im Glossar zu finden und ist nicht weiter definiert. Deshalb

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

soll der Begriff „Gute Arbeit“ mit „gute Arbeitsbedingungen“ ersetzt werden.

S.9, Z.274-276

„Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum, z.B. durch Quotierung von sozialem Mietwohnungsbau bei Neuplanungen, regelmäßiger Anpassung von Wohngeldansprüchen, einem Erhalt gebundenem Mietwohnungsbestandes sowie gesetzlich verankerten Mindeststandards bei der Vermietung, und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale Dienstleistungen.“

Begründung:

„Bezahlbarer Zugang zu.“ ist unbedingt zu konkretisieren, zu verstärken.

S. 9, Z. 280-282:

„V Soziale Ungleichheit

Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu Bildung zusammen: Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und Macht.“

Begründung:

Gesellschaftliche Strukturen führen dazu, dass Armut zu geringerer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt. Aus diesem Grund soll „Während Armut zu geringer sozialer Teilhabe“ durch „Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe“ ersetzt werden.

S.9, Z.288

„Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung u.a. durch höhere Spitzensteuersätze, Bürgerversicherungen in allen sozialen Bereichen, eine Besteuerung des Erwerbs von Vermögen, die sich an den Steuersätzen der Besteuerung von Arbeitseinkommen orientiert, eine signifikante Erbschaftssteuer sowie das konsequente europaweite Schließen von Steuerschlupflöchern.

Die AWO leistet mit ihren umfassenden Angeboten auch in strukturschwachen Regionen einen Beitrag zu den staatlichen und gesellschaftlichen (durch Familien, Nachbarschaften, Vereine, soziale Netzwerke) Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mit ihren Angeboten außerhalb der städtischen Verdichtungszone trägt sie dazu bei, gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und attraktive Lebensbedingungen für den Zuzug junger Familien zu schaffen. Dabei setzt sie besonders auf eine enge Verknüpfung einzelner fachspezifischer Elemente ihrer Beiträge zur Daseinsvorsorge und auf eine starke Vernetzung von professionellen und ehrenamtlichen Aktivitäten. In strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen sieht sie sich in zugespitzter Weise vor die Herausforderung gestellt, ihre Beiträge zur Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie die gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen – mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten – fördert und ihnen eine eigenständige Lebensführung in einem sorgenden sozialen Umfeld ermöglicht. Es geht nicht um gleichmäßige „Versorgung“, sondern um Befähigung unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Rahmenbedingungen. Die AWO sieht sich in der Pflicht, für alle Menschen im Land die gleichen Rahmenbedingungen und sozialen wie gesundheitlichen Dienste vorzuhalten.

Begründung:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Eine Konkretisierung kann aufgrund der vielfältigen politischen Beschlüsse der AWO durchaus vorgenommen werden.

S.10, Z.325-328:

„Die voranschreitende Deregulierung sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die Arbeitsbedingungen in ~~der Sozialen Arbeit~~ den Bereichen des Sozialen.“ Dem treten wir entgegen und fordern, mehr Möglichkeiten der direkten Beauftragung bzw. Vergabe aus Gründen der Qualitätssicherung und Versorgungssicherheit. Auch muss die Gewährung von Beihilfen für notwendige Dienstleistungen, die wirtschaftlich aber nicht zu erbringen sind, für die Wahrung von Rechtsansprüchen und gleichwertigen Lebensverhältnissen umfassender gestaltet werden.

Begründung:

Eine Konkretisierung zeigt die rechtlichen Bereiche auf, in denen politisch angesetzt werden muss.

S.10, Z.370ff:

„Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus. Die AWO stellt sich bei der Verfolgung ihrer Leitbilder dem nationalen und europäischen Qualitätswettbewerb sozialer Dienstleister*innen um die bestmögliche Begleitung von Menschen in bestimmten Lebenslagen. Für ihre Arbeitspraxis erkennt sie die Qualitätsziele der Freien Wohlfahrtsverbände als maßgeblich an. Diese Standards für das Qualitätsmanagement professioneller sozialer Dienstleistungsunternehmen der Freien Wohlfahrtspflege sind auch die Messlatte für die grenzüberschreitende Erbringung sozialer Dienste in der Europäischen Union. Sie entsprechen inhaltlich dem durch die BAGFW unterzeichneten „Common Quality Framework for Services of General Interest“¹ und dem „Freiwilligen Europäischen Qualitätsrahmen für Sozialdienstleistungen“. Angesichts zumeist begrenzter öffentlicher Mittel macht dieser Qualitätsrahmen transparent, welches Qualitätsniveau unter den gegebenen Bedingungen und den zur Verfügung gestellten Mitteln erreichbar ist und bildet die Grundlage für die Vergleichbarkeit der erbrachten Dienstleistungen insbesondere hinsichtlich Zugänglichkeit, Stetigkeit und Umfang sowie der Qualifikation und der Arbeitsbedingungen des eingesetzten Personals.“

Begründung:

Unserer Meinung nach muss hier eine Konkretisierung anhand der mittlerweile festgelegten Standards auf europäischer Ebene erfolgen, da wir, zwar mit Sonderregelungen ausgestattet, im europäischen Kontext tätig sind und unsere Standards auch Leitlinie im europäischen Kontext sein sollten. Im Rahmen einer Konvergenzdebatte, der wir nicht ausweichen können, müssen wir uns deutlich positionieren und unsere Werte als Messlatte anlegen.

¹ Dieser von der EU-Kommission beschlossene Rahmen definiert europaweit die Standards von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, nicht wirtschaftlichen Dienstleistungen und Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (https://ec.europa.eu/info/topics/single-market/services-general-interest_de - 19.06.2019).

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

S.10, Z.395-397:

„Altersarmut verhindern

Wer im Alter von Armut betroffen ist, hat aus unterschiedlichen Gründen meist Lücken in der Erwerbsbiografie und Altersabsicherung.“

Nach Rücksprache mit dem Antragssteller wurde aus diesem Antrag der Antrag 48 in der Synopse.

Begründung:

Das Thema Altersarmut sollte hierbei ebenfalls fokussiert werden.

S. 10, Z. 397-399:

„1. Alter und Altern

~~„Da sich Armut und Erwerbslosigkeit im Lebensverlauf besonders stark im Alter zeigen, ist es Aufgabe der Politik, Ungleichheit zu verringern und älteren Menschen ein Leben in Würde zu sichern.“~~

„Da sich Phasen von Armut, Erwerbslosigkeit und prekärer Erwerbsarbeit im Lebenslauf besonders stark im Alter auswirken, ist es Aufgabe der Politik, Ungleichheit zu verringern und allen Menschen ein Leben in Würde zu sichern.“

Begründung:

Nicht nur Erwerbslosigkeit führt zu Armut sondern auch prekäre Erwerbsarbeit. Entsprechend soll der Satz folgendermaßen verändert werden: „“.

S. 11, Z. 337-338:

„VII Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ, nachhaltig, sozial sowie ökologisch. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.“

Begründung:

Im Sinne des Einsatzes für die „Sustainable Development Goals“ sollte die Fachlichkeit auch von nachhaltigem Handeln geprägt sein. „Professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ“ soll durch „“ ergänzt werden.

S. 11, Z. 359-361:

„VII Unsere Fachlichkeit

Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, ~~das sensibel ist für die eigenen Vorurteile~~ das Chancengerechtigkeit sicherstellt.“

Begründung:

Sensibilität schafft noch keine Geschlechtergerechtigkeit. Aus diesem Grund soll „ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile“ durch „Ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das Chancengerechtigkeit sicherstellt“ ersetzt

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

werden.

S.12, Z.399-400:

Für Geringverdienende fordern wir vor allem Einkommens- und Rentenfreibeträge in der Grundsicherung. Für Bezieher*innen von Transfereinkünften und für Geringverdiener*innen fordern wir Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung.

Begründung:

Aus unserer Sicht eine notwendige Ergänzung.

S.12, Z.400-402:

„Sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss in Form von beitragsfreien Anrechnungszeiten gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.“

Begründung:

Konkretisierung des dazu notwendigen Instrumentes.

S.13, Z.411-412:

„Eine weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. Wir unterstützen freiwillige, rentensteigernde Modelle der Weiterarbeit nach Eintritt des Renteneintrittsalters als Instrument gegen den Fachkräftemangel.“

Begründung:

Wir unterstützen Selbstverwirklichung durch Erwerbsarbeit und sehen dies auch als Instrument gegen den Fachkräftemangel.

S.13, Z.421-423.

„Das Recht auf Weiterbildung und Qualifikation sowie die Vereinbarkeit von Arbeit mit privater Sorgearbeit müssen im Interesse der Arbeitnehmer*innen gestaltet werden.“

Begründung:

Wir sehen eine Notwendigkeit, das Recht auf diese Dinge gesetzlich zu verankern und zu schützen.

S. 13, Z. 424:

„2 Arbeit

~~Soziale Arbeit~~ Arbeit im sozialen Bereich: Unsere Kernaufgabe“

Begründung:

Zwar ist der Begriff „Soziale Arbeit“ im Glossar beschrieben, dennoch ist der Begriff „Soziale Arbeit“ missverständlich, da es sich dabei um eine Profession handelt. „Soziale Arbeit“ soll deshalb durch „“ ersetzt werden.

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

S. 14., Z. 480-482:

„3 Bildung

Bildung im 21. Jahrhundert gestalten

Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung interkultureller, sozialer, digitaler, demokratischer und ökologischer Kompetenzen notwendige Inhalte von Bildung sind. Niedrigschwellige und kostenfreie Zugänge ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Sie sind in allen Lebensphasen rechtlich abzusichern.“

Begründung:

Im gesamten Abschnitt zum Thema Bildung wird das Thema Digitalisierung nicht erwähnt. Auf Grund dessen sollten „interkultureller, sozialer und demokratischer Kompetenzen“ durch den Zusatz „interkultureller, sozialer, digitaler und demokratischer Kompetenzen“ ersetzt werden. Der Klimaaspekt ist in die Bildungsarbeit zunehmend zu integrieren und zu fokussieren.

S. 15, Z. 502:

„3 Bildung

Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Chancengerechtigkeit, zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Integration und Inklusion.“

Begründung:

Die AWO steht für Inklusion. „Integration“ soll durch „Inklusion“ ergänzt werden.

S.15, Z.505-507:

Die gebundene Ganztagschule als Ort des gemeinsamen Lernens und Lebens muss zu ihrer Gestaltung pädagogische Konzepte und Standards bieten, die sich über den ganzen Tag erstrecken und Lern- mit Freizeitangeboten verbinden.

Begründung:

Die Schulform Ganztagschule muss ausdrücklich gebunden sein, um eine tatsächliche Betreuung der Kinder auch am Nachmittag zu gewährleisten.

S. 16, Z. 556:

„4 Bürgerschaftliches Engagement

Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Engagement ermöglichen inklusiv gestalten.“

Begründung:

Im Sinne von Partizipation sollte Teilhabe nicht ermöglicht werden, sondern inklusiv gestaltet sein. Aus diesem Grund soll „ermöglichen“ durch „inklusive gestalten“ ersetzt werden.

S.17, Z.572-575.

~~Vor dem Hintergrund geringer Renten und sinkender Reallöhne setzen wir uns für sozial- und arbeitsmarktpolitische Lösungen sozialer Probleme ein. Eine Existenzsicherung durch Vergütungen im Bürgerschaftlichen Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.~~

Damit ehrenamtliches Engagement nicht als notwendige Einnahmequelle missdeutet wird, setzen wir uns für auskömmliche und steigende Löhne und eine dadurch gut ausgestattete Altersabsicherung durch die gesetzliche und betriebliche Rente ein.

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Begründung:

Wir setzen uns für höhere, angemessene Löhne und Renten ein! Wir akzeptieren keine Abwärts-spirale der Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Vergütungen an sich sehen wir nicht als kritisch an.

S.17, Z.577ff.:

Eine erfolgreiche Einwanderungspolitik verständigt sich mit allen hier lebenden Menschen auf gemeinsame Normen. Innerhalb der EU müssen Wanderungsbewegungen aufgrund von Armut und Diskriminierung durch begleitete Anpassungshilfen abgedeckt werden.

Begründung:

Entweder die EU fängt an, eine koordinierte Außenwirtschaftspolitik voranzubringen oder sie muss die Auswirkungen der bisherigen unsolidarischen Wirtschaftspolitik abmildern. Dies entspricht dem Geist der klassischen Sozialen Marktwirtschaft, die wir unterstützen.

S. 18, Z. 604:

„5 Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit

Wir machen uns stark für Initiativen und migrationsspezifische Maßnahmen, die Einwander*innen ~~an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen~~ *gesellschaftliche Mitbestimmung und gleichwertige Beteiligung am Arbeitsmarkt gewährleisten.*“

Begründung:

Die AWO will nicht nur Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen ermöglichen, sondern gesellschaftliche Mitbestimmung gewährleisten. Deshalb soll „an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen“ durch „gesellschaftliche Mitbestimmung gewährleisten“ ersetzt werden.

S.21, Z.710f.:

Gleichzeitig betonen wir den Vorrang des Kindeswohls und sehen Staat sowie Gesellschaft in der Pflicht, Lebensbedingungen für ein Aufwachsen in Wohlergehen zu schaffen. Kinder haben einen eigenen Rechtsanspruch auf ein kulturelles und wirtschaftliches Existenzminimum. Dieser muss durch eine für alle Kinder zustehende einheitliche Kindergrundsicherung umgesetzt werden.

Begründung:

Wir stehen für eine Förderung der Kinder unabhängig vom Status ihrer Eltern. Diese muss per Gesetz verankert und definiert werden.

S. 21, Z. 733:

„8 Gleichstellung und Frauenpolitik

Seit unserer Gründung streiten wir für eine umfassende Gleichstellung ~~von Frauen und Männern~~ *aller* Geschlechter.“

Begründung:

Die AWO erkennt geschlechtliche Vielfalt an. Binäre Geschlechtermodelle entsprechen nicht der Realität. Entsprechend soll „Frauen und Männern“ durch „alle Geschlechter“ ersetzt werden.

S.22, Z.774-778:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

„9. Gesundheit

Gesundheitsförderung ist ein Menschenrecht. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie die solidarische Absicherung allgemeiner Lebensrisiken für alle Menschen Voraussetzungen sind, um selbstbestimmt zu leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Institutionen, die den Zugang zum Gesundheitssystem oder die Versorgung mit Dienstleistungen der Gesundheitsförderung erschweren (z.B. Zwei-Klassen-Medizin, DRG-System, Kammerprivilegien im Gesundheitsbereich) , müssen daher fern von Marktelementen neu justiert werden.“

Begründung:

Da der IST-Zustand des deutschen Gesundheitssystems unserem im Programm definierten Anspruch nicht entspricht, sollten wir darauf hinweisen, dass konkrete Änderungen vorgenommen werden müssen, um unsere Ziele zu erreichen.

S.23, Z.782:

„Es braucht einen wohnortnahen barrierefreien Zugang zu grundlegenden gesundheitlichen Leistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Beeinträchtigungen.“

Begründung:

Die wohnortnahe Versorgung ist gerade in der jetzigen Situation, in der viele Bereiche der Daseinsvorsorge in ganzen Regionen wegbrechen, elementar.

S. 23, Z. 801:

„9 Gesundheit

Um die Zunahme von psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz präventiv zu bekämpfen, fordern wir Mitspracherechte, Transparenz, Wertschätzung und Handlungsspielräume von allen *Arbeitgeber*innen*.“

Begründung:

„Arbeitgeber“ steht in diesem Zusammenhang für einen nicht personenbezogenen, abstraktes Konstrukt. Aus diesem Grund soll „Arbeitgeber*innen“ durch „Arbeitgeber“ ersetzt werden.

S. 24, Z. 859:

„10 Kindheit und Jugend

Deshalb sind inklusive Freiräume zu schaffen, die es Kindern, Jugendlichen und Familien ermöglichen, sich kreativ, frei und selbstbestimmt zu entwickeln.“

Begründung:

Die AWO steht für Inklusion für alle Menschen. Dies beginnt bereits im Kindesalter. Entsprechend soll „Deshalb sind Freiräume zu schaffen“ durch „Deshalb sind inklusive Freiräume zu schaffen“ ergänzt werden.

S.26, Z.911ff:

Unterkapitel einfügen:

„Sozialwohnungsmieter*innen

Sozialmietwohnungen haben Bund, Länder und Gemeinden auf Dauer bedarfsgerecht ständig

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

*vorzuhalten. Die Entpflichtung aus Mietpreisbindung und Belegungsrechten im Zuge von Modernisierungen muss soweit es möglich ist, verhindert werden. Durch Mangel an ausreichenden Sozialmietwohnungen darf die Freizügigkeit der Bedarfsträger*innen nicht länger eingeschränkt werden.“*

Begründung:

Wohnraum wird immer knapper. Gerade für wirtschaftlich schwach ausgestattete Menschen finden sich immer weniger Angebote. Daher sollte, neben günstigem Wohnraum, vor allem auch der Sozialmietwohnungsbau zukünftig wieder mehr Gewicht bekommen. Sozialmietwohnungen sollen für die Dauer ihrer Existenz Sozialmietwohnungen bleiben. Eine Entbindung der Wohnungen darf nicht stattfinden.

S. 26, Z. 916:

„11 Menschen in besonderen Lebenslagen

Mit einem unverstellten Blick auf die Situation dieser Menschen treten wir gegen Auffassungen in der Gesellschaft ein, dass es sich hierbei um Randgruppen, allein selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt.“

Und

S. 27, Z. 939:

„Wohnungslosigkeit ist oft das Resultat eines Zusammenspiels individueller und sozialer Aspekte, denen wir mit persönlich abgestimmten Hilfen begegnen.“

Begründung:

Einerseits wird der Anspruch formuliert, gegen die Auffassung einzutreten, dass es sich bei Wohnungslosigkeit um selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt. Andererseits wird Wohnungslosigkeit als das Zusammenspiel von individuellen und sozialen Aspekten dargestellt. Hierdurch wird dem eigenen Anspruch widersprochen. Aus diesem Grund sollte „selbst verschuldete Schicksale“ durch „allein selbst verschuldete Schicksale“ ergänzt werden.

S. 27, Z. 942:

„11 Menschen in besonderen Lebenslagen

Um Wohnungslosigkeit zu verhindern, fordern wir ein stärkeres Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im ~~Wohnungsbau~~ *sozialen Mietwohnungsbau, sowie in Wohnungsbau für finanziell eingeschränkte Gruppen wie Alleinerziehende oder Renter*innen.*“

Begründung:

Die AWO fordert besonders sozialen Wohnungsbau, der hier noch deutlicher betont werden sollte. Entsprechend soll „Wohnungsbau“ mit „sozialen Mietwohnungsbau, sowie in Wohnungsbau für finanziell eingeschränkte Gruppen wie Alleinerziehende oder Renter*innen“ ersetzt werden.

S.27, Z.948:

„~~Nur d~~*Dadurch* wird das Engagement vieler Familienangehöriger und Menschen, die sich für die ehrenamtliche Übernahme einer rechtlichen Betreuung interessieren, gefördert und unterstützt.“

Begründung:

Die Wichtigkeit dieses Engagement wird durch das „nur“ adäquat hervorgehoben.

S.28, Z.997-999:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

„Nur durch gute Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel tarifliche Entlohnung im Rahmen eines all-gemeinverbindlichen Tarifvertrages und mehr Personal kann dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Begründung:

Wir sollten diese Konkretisierung vornehmen, um uns deutlich gegen die vorherrschende Lohnabwärtsspirale zu positionieren.

S.28, Z.991f.:

Eigenes Unterkapitel:

„Keine Zugangsbeschränkungen beim Zusammentreffen von BTHG- und Pflegeansprüchen
Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt alle Leistungen der Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen.“

Begründung:

Die Schnittstelle zwischen Pflege und Eingliederungshilfe ist nach wie vor gesetzlich wie auch in der Praxis zu schwach ausgestaltet und an keiner Stelle zufriedenstellend aufgelöst. Daher sollten wir uns in einem deutlichen Unterkapitel dieser Problematik widmen.

S.29, Z.1012ff:

„Zudem sind attraktive Entwicklungsmöglichkeiten durch Anerkennung von erworbenen Kompetenzen sowie eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen. Wir fordern für die Pflegeeinrichtungen eine regelmäßig analytisch ermittelte verlässliche und refinanzierte Personalbemessung, die für alle Bundesländer gleiche Voraussetzungen schafft. Eine Konkurrenz zwischen den Bundesländern in dieser bundesweit geltenden Gesetzeslage darf nicht toleriert werden.“

Begründung:

Die Fachlichkeit und Personalausstattung muss bundeseinheitlich geregelt werden, um überall die gleichen Standards und Qualitäten gewährleisten zu können – für die Kund*innen wie auch für die Beschäftigten.

S.29, Z.1021:

„Vernetzte und kooperierende Einrichtungen und Dienste im Sozialraum sind zu fördern. Eine nachfragegerechte ambulante Pflege und Krankenpflege muss überall im Land sichergestellt sein, Insbesondere müssen auch Zugänge zu spezialisierten Diensten (Kinderkrankenpflege, Schmerztherapie, Wundpflege, Palliativpflege, Intensivpflege) gewährleistet werden. Unvermeidbare Vertragskündigungen oder -verweigerungen in den pflegerischen und gesundheitlichen Diensten müssen dokumentiert und regelmäßig öffentlich berichtet werden.“

Begründung:

Der Fokus muss auf die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung gelegt werden, da diese Versorgung in vielen Bereichen des Landes momentan wegbricht. Dies gilt insbesondere für Spezialdienste.

S.29, Z.1028ff.:

„Hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen sind verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen. Eine Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen ist einzuführen. Leistungen der Krankenversicherung

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Entwurf Grundsatzprogramm:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit
Sonderkonferenz 2019

Antragsteller: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

müssen auch in der stationären Pflege vollumfänglich durch diese und nicht durch die Pflegeversicherung getragen werden. Dies gilt explizit für Leistungen der Behandlungspflege.“

Begründung:

Es gibt keine inhaltliche oder rechtliche Begründung warum nach wie vor diese Leistungen über die Pflegeversicherung refinanziert werden. Hier muss es eine gesetzliche Klarstellung geben, um das System Pflege weiter zu entlasten.

S. 34, Z. 1215:

„Glossar

Geschlecht ~~beschreibt die Einteilung von Menschen in „weiblich“ oder „männlich“.~~

„Unser Verständnis von Geschlecht schließt alle mit ein. Geschlecht ist vielfältig.“

Begründung:

Die Definition von Geschlecht wird zunächst anhand eines binären Geschlechtermodells erklärt. Die AWO steht für geschlechtliche Vielfalt. Entsprechend sollte dieser Satz gestrichen werden und die letzten Sätze der Definition „Unser Verständnis von Geschlecht schließt alle mit ein. Geschlecht ist vielfältig.“ an den Anfang gesetzt werden.

Antrag zur Ergänzung des Grundsatzprogrammes ohne Textstelle:

Das Thema Ökologie und speziell Klima wird für unsere Gesellschaft und für die gesamte Welt immer wichtiger. Nicht zuletzt die Fridays for Future- Bewegung und die Ergebnisse der Europawahlen haben dies eindrücklich gezeigt.

Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn der Bundesverband als Autor des Entwurfes zum Grundsatzprogramm bis zur Sonderkonferenz einen Abschnitt zu diesem Themenbereich einfügen könnte, insbesondere unter Berücksichtigung seiner bisherigen Beschlüsse und Arbeiten zum Thema (z.B. CO₂-Fußabdruck, Energieeffizienz). Als Sozialverband erkennen wir an, dass der Schutz der Umwelt und damit unser aller Lebensgrundlage Voraussetzung unserer Arbeit für die Gesellschaft ist.

Bezirk Westliches Westfalen – Beschluss Vorstand vom 04.07.2019

**Änderungsanträge zum Antrag des Präsidiums zur Sonderkonferenz 2019:
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit – Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der
Arbeiterwohlfahrt (Stand 23.11.2018)**

Zeile 83 – 88

Neu

Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Politik bestimmt, die die soziale Situation einer Reihe von Menschen verschlechtert haben und die viele Menschen bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 und die daraus gezogenen falschen politischen Konsequenzen haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt.

Alt

Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Bundespolitik bestimmt, die viele Menschen bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 hat das Vertrauen in die politischen Eliten erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt.

Zeile 110 (Leitsätze)

Neu

Wir bleiben auch im Wandel ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Alt

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Neu

Wir arbeiten ehrenamtlich, professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Alt

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Zeile 123 – 125

Neu

Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen friedlichen Ausgleich in der Welt einzutreten.

Alt

Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten verringern und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Zeile 167 – 168

Neu

Solidarität über Generationen, Grenzen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Alt

Solidarität über Generationen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Zeile 174 -175

Neu

Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewalttätigen Übergriffen.

Alt

Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewaltvollen Übergriffen

Zeile 202 – 203

Neu

Deshalb wollen wir Menschen für uns begeistern, sie als Mitglieder gewinnen und ihrem Engagement so einen festen Ort bieten.

Alt

Deshalb wollen wir Mitglieder für uns begeistern und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

Zeile 204 -205

Neu

Unsere Wertegemeinschaft schließt alle Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen.

Alt

Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen, auch wenn sie nicht Mitglied der Arbeiterwohlfahrt sind.

Zeile 270 – 271

Neu

Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen der Gesellschaft verändern und das kapitalistische Wirtschaftsmodell überwinden.

Alt

Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern.

Zeilen 301-302

Neu

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet, in dessen Mittelpunkt wir die soziale Daseinsvorsorge sehen. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Alt

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Zeile 306 – 307

Neu

Wir beziehen fundiert und kritisch Stellung zur sozialen Lage in Deutschland und Europa.

Alt

Wir geben fundiert Auskunft über die soziale Lage in Deutschland und Europa.

Zeile 382 – 384

Neu

Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Kooperationen sind herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare Wohnangebote.

Alt

*Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende Kooperationen sind herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare Wohnangebote*

Zeile 397 – 398

Neu

Zu viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge schließen.

Alt

Viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge schließen.

Zeile 400 – 402

Neu

Sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen und Alleinerziehende vor Altersarmut infolge privater, unbezahlter Sorgearbeit besser geschützt werden.

Alt

Sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.

Zeile 416 -418

Neu

Wir stellen uns den Herausforderungen des digitalen Wandels und der gewandelten Erwartungen der Arbeitnehmer*innen und entwickeln Lösungen, die die soziale und berufliche Teilhabe sicherstellen. Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit erfordert von uns einen starken Einsatz für ihre Rechte.

Alt

*Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit, der digitale Wandel und gewandelte Erwartungen der Arbeitnehmer*innen erfordern von uns einen starken Einsatz für ihre Rechte.*

Zeile 430 – 431

Neu

Wir fordern höhere Löhne und Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung sowie Nachhaltigkeit.

Alt

Wir fordern höhere Löhne und Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung.

Zeile 433 – 437

Neu

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Doch auch wenn die Vermischung von Berufs- und Privatleben weiter zunehmen wird, dürfen die Chancen der Digitalisierung nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen führen. Sie bietet neue Impulse für das Arbeits- und Familienleben und Unternehmensprozesse und zieht

veränderte Ansprüche nach sich. Wir fördern flexible und agile Arbeitsformen und setzen uns gleichzeitig für Regeln und Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen ein.

Alt

*Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wie einer ständigen Erreichbarkeit führen. Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit und Leben. Wo Arbeit über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen.*

Zeilen 445-446

Neu

Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht einen sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung, Coaching oder Begleitung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig.

Alt

Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht einen sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig.

Zeilen 465-466

Neu

Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und bildet die Grundlage für Teilhabe und Chancengerechtigkeit und um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten.

Alt

Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und bildet die Grundlage, um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten.

Zeilen 508-510

Neu

Sie setzt eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule voraus, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle jungen Menschen.

Alt

Sie erleichtert eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle jungen Menschen.

Zeile 514 – 517

Neu

Vor dem Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die im Übergang von der Schule in den Beruf wirkt.

Alt

Vor dem Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die auch im Übergang von der Schule in den Beruf wirkt.

517 - 519

Neu

Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden. Insbesondere für junge Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen und/oder sozialen Benachteiligungen setzen wir uns für die Verstetigung individueller und nachhaltiger Angebote ein.

Alt

Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden.

Zeile 533 -534

Neu

Engagement führt zu Begegnungen und zum Kennenlernen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt.

Alt

*Engagement führt zu Begegnungen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt.*

Zeilen 552-556

Neu

Damit sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische Zugänge zum Engagement. Soweit möglich richten wir eigene Agenturen zur Vermittlung von Engagement ein oder beteiligen uns mit anderen dran. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern sollte gerade auch Menschen in sozial schwachen Lebenslagen und die Gleichstellung aller Geschlechter fördern.

Alt

Damit sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern sollte gerade auch Menschen in sozial schwachen Lebenslagen und die Gleichstellung aller Geschlechter fördern.

Zeile 581 - 583

Neu

Wir werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in der Gesellschaft bekämpfen, die dem Grundrecht eines jeden Menschen auf freie Entfaltung entgegensteht.

Alt

*Wir werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in der Gesellschaft bekämpfen, die ihrer freien Entfaltung entgegenstehen.*

Zeile 587

Neu

Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsrecht wird auch das Asylrecht geschützt.

Alt

Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz wird auch das Asylrecht geschützt.

Zeile 607 - 608

Neu

Im Bewusstsein der Leistung jeglicher Einwander*innen sind wir überzeugt, dass die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum Land verstärkt.

Alt

*Im Bewusstsein der Leistung der Einwanderungspionier*innen sind wir überzeugt, dass die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum Land verstärkt.*

Zeile 616 – 617

Neu

Für die Teilhabe an der Gesellschaft ist ein uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ohne Ausnahme zu ermöglichen.

Alt

Um an der Gesellschaft teil zu haben, brauchen sie den gleichen Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung.

Zeilen 628 – 630

Neu

Als Gesellschaft müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen kritisch auseinandersetzen und diese überwinden. Andernfalls wird hierdurch Rassismus befördert und verfestigt.

Alt

Als Gesellschaft müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen auseinandersetzen. Sie verfestigen und befördern Rassismus.

Zeile 643 - Ergänzung

Durch die Beteiligung an europäischen Programmen, Partnerschaften im ehrenamtlichen Bereich und Austausch der Mitarbeitenden stärken wir den europäischen Gedanken im Verband.

Zeilen 653-654

Neu

Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regionen, die auch in ihren Mitwirkungsmöglichkeiten in Brüssel und Straßburg gestärkt werden müssen.

Alt

Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regionen.

Zeile 674 – 675

Neu

Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig handlungsleitend sein. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund.

Alt

Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig handlungsleitend sein.

Zeile 678 - Ergänzung

Neu

Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine europarechtskonforme und werteorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienstleistungen gewährleisten. Kernbereiche der sozialen Daseinsvorsorge unterliegen daher den hohen Anforderungen der Subsidiarität und besonderer Vergabeverfahren. Die Leistungsvergabe muss an tarifgebundene Arbeitgeber erfolgen.

Alt

Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine europarechtskonforme und wertorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienstleistungen gewährleisten.

Zeile 726 – 728

Neu

Wie streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation und Aufwertung der Sorgearbeit, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht.

Alt

Wir streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht.

Zeile 742

Neu

Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbs- und Bildungsbeteiligung ermöglicht.

Alt

Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht.

Zeile 750 - 751

Neu

Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe. Dieses Recht auf Schutz steht auch Menschen zu, die sich als homo-, trans- oder intersexuell verstehen zu.

Alt

Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe.

Zeile 797 – 799

Neu

Alle relevanten Akteure im Gesundheitswesen haben einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind Länder, Kommunen, die gesetzliche Krankenversicherung, die private Krankenversicherung und die Sozialversicherungsträger.

Alt

Alle relevanten Akteure im Gesundheitswesen haben einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind Bund, Länder, Kommunen und die private Krankenversicherung.

Zeile 879 - 880

Neu

Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten. In unseren Einrichtungen und Angeboten sorgen wir für einen sicheren Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Alt

Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten.

Zeile 900 – 902

Neu

Die Beseitigung von Kinderarmut, die soziale und kulturelle Teilhabe sowie die bestmögliche Förderung aller Kinder ist unsere Aufgabe. Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein. Eine Welt ohne Kinderarmut ist unsere Vision.

Alt

Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein.

Zeile 924

Neu

Ziel ist es, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu schaffen. Wir fordern die Aufklärungs- und Präventionsarbeit hier deutlich auszubauen.

Alt

Ziel ist es, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu schaffen.

Zeile 1001 -1003 (ersatzlos streichen)

~~Gerade Haushaltshilfen sind zu guten Arbeitsbedingungen zu beschäftigen. Die Pflegepolitik muss den Bedürfnissen der Pflegesituation in den Familien gerecht werden, sodass weniger auf illegale Haushaltshilfen zurückgegriffen wird.~~